

Hallo Nachbarn

SPD

Ortsverein Eichenau

Januar 1983

Nummer 25

DER KOMMENTAR

VC UNANSTÄNDIGEN UND
ANDEREN DEUTSCHEN

Nicht unerheblich ist die Verwirrung, die CDU-Scharfmacher Heiner Geißler damit angerichtet hat, daß er auf einer Wahlkampfveranstaltung behauptet hat, Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei seien Verbrecher, und nur unanständige Deutsche würden SPD wählen.

Was hat er sich nur dabei gedacht? Hat er überhaupt..?

Oder ist er in seiner Doppelfunktion als Familienminister und CDU-Generalsekretär so überlastet, daß er gar nicht mehr weiß, was er sagt?

(Fortsetzung nächste Seite)

DIETER HILDEBRANDT KOMMT

Bereits in den vergangenen Jahren haben wir - die Eichenauer SPD - bekannte Vertreter des politischen Kabarets in unserer Gemeinde vorgestellt. Diese Tradition wollen wir fortführen und haben deshalb Dieter Hildebrandt eingeladen.

Über diese Veranstaltung, die Ende Februar 83 stattfinden soll, werden wir noch gesonderte öffentliche Mitteilungen herausgeben.

"Hallo Nachbarn" -Hsgeb.: SPD-Ortsverein Eichenau - Verantwortlich: Günter Klebermaß, Fuchsbergstr. 11, Telefon

70536

Kommentar: Forts. v.S. 1

Bei Geißlers Aufruf läge doch die Vermutung nahe, er selber wolle in Zukunft SPD wählen. Das kann er nicht ernst gemeint haben.

SPD-Wähler werden sich gelassen damit abfinden, als unanständige Deutsche von Geißler schlecht gemacht zu werden.

Sie wissen, mit der Wahl von Hans-Jochen Vogel, dem SPD-Kanzlerkandidaten, wird eine unanständige Miet- und Wohnungspolitik, eine Politik gegen die Mieter, wie sie die CDU/SCU betreibt, gebremst.

"Ihr Nachbar"

EINLADUNG

zur

WAHLVERANSTALTUNG

mit dem

SPD-BUNDESTAGS-
KANDIDATEN

Franz Baldauf

zum Thema

"POLITIK FÜR

ARBEITNEHMER"

am

28. Januar 83 - 20 Uhr

Gasthaus "Zur Post"/

Schliefer

"SOZIALE HÄNGEMATTE"

Fast ein Drittel der Arbeitslosen erhält überhaupt keine finanzielle Unterstützung vom Arbeitsamt. Das sind in der Mehrzahl Jugendliche, die noch keinen Anspruch auf eine Leistung der Arbeitslosenversicherung erworben haben, aber auch Arbeitssuchende, die bis dahin nicht erwerbstätig waren. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, um so schwerwiegender wird die finanzielle Einbuße. Während das Arbeitslosengeld 1981 im Durchschnitt 948 DM betrug, erreichte die Arbeitslosenhilfe, die nach einem Jahr der Arbeitslosigkeit

SPD: So wollen wir die Arbeitslosigkeit stoppen

Die Sozialdemokraten sind die einzige politische Kraft, die über ein Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verfügt. Nach den Beschlüssen der SPD-Bundestagsfraktion von 1981 und des Münchener Parteitages vom April 1982, brachte die SPD jetzt im Parlament einen „Beschäftigungshaushalt 1983 bis 1985“ ein, der mit einem Bundesaufwand von knapp neun Milliarden Mark öffentliche und private Investitionen in Höhe von 40 Milliarden Mark mobilisieren und damit in den nächsten drei Jahren 400.000 Arbeitsplätze sichern oder neu schaffen soll.

Während die Rechtskoalition in Bonn erwartungsgemäß ihre Zustimmung zu einer aktiven Beschäftigungspolitik versagte, begrüßte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit die SPD-Offensive als „richtungsweisenden Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“.

Der sozialdemokratische Beschäftigungshaushalt sieht folgende Schwerpunkte vor:

● **Jugendarbeitslosigkeit:** Für eine gezielte Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollen 2,7 Milliarden Mark bereitgestellt werden.

● **Vorruhestand:** Hier werden Pläne der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und der IG Chemie aufgegriffen. Ziel ist, Arbeitnehmer bereits mit 58 Jahren (ohne Hinnahe versicherungsmathematischer Abschläge bei der Rente) zur Pensionierung zu bewegen, um den freiwerdenden Arbeitsplatz mit einem Arbeitslosen wiederbesetzen zu können. Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit soll sich an diesen Plänen finanziell beteiligen.

● **Wohnungsbau:** Für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die Erleichterung der Bausparzwischenfinanzierung und eine Sonderhilfe für den Bergarbeiterwohnungsbau sollen 2,74 Milliarden Mark bereitgestellt werden.

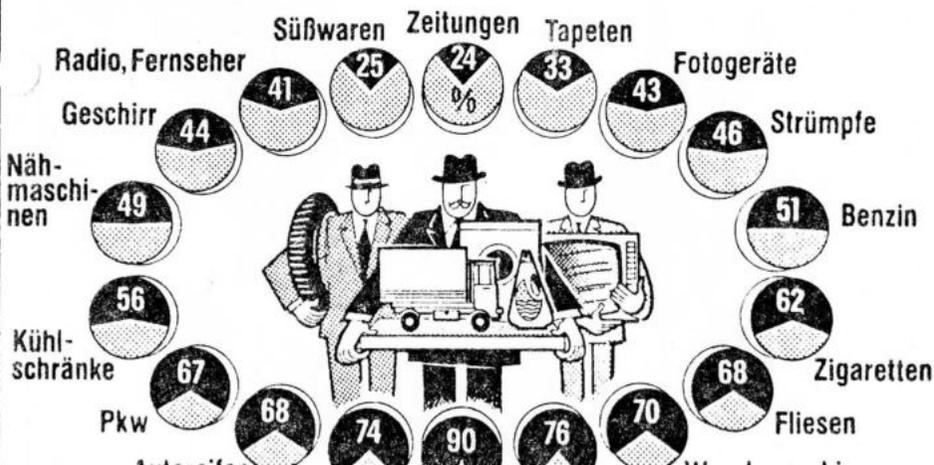
● **Zinsverbilligung:** Um Investitionen in der gewünschten Höhe (40 Milliarden) zu mobilisieren, soll für bestimmte private und kommunale Investitionen der Zins um jeweils drei Punkte unter dem Niveau auf dem Kapitalmarkt verbilligt werden.

Zu den geförderten öffentlichen Investitionen sollen Maßnahmen im Energiebereich, zur Sicherung der Trinkwasserversorgung, zum Schutz gegen Verkehrslärm und im Kampf gegen den „sauren Regen“ zählen.

Finanziert werden soll der Beschäftigungshaushalt aus einer Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen, einer Begrenzung des Steuervorteils beim Ehegattensplitting und der Streichung des Kinderbetreuungskostenfreibetrages.

Marktmacht - wo?

Anteil der jeweils drei größten Anbieter an der Inlandsproduktion 1980 in %



ZUR PERSON

Peter Schmölzl, geb. am 13.11.06, Mitglied der SPD seit 1924, ist am 27.11.82 unerwartet verstorben.

Seit 1925 war er Mitglied der IG Metall und bis zuletzt stolz auf seine Tätigkeit als Dreher und Betriebsratsmitglied.

Wir haben Peter Schmölzl für seine 58-jährige aktive Tätigkeit in der Eichenauer SPD zu danken.

Franz Baldauf, 47 Jahre, Gmd.rat in Haimhausen u. Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion in Dachau, wurde zu unserem Bundestagskandidaten im Wahlkreis 201 nominiert. Der gelehrte Maschinenschlosser ist seit 1961 als Betriebsrat in seiner Firma ein anerkannter Interessenvertreter der Arbeitnehmer.

Wir wünschen Franz Baldauf viel Erfolg.





Hallo Nachbarn

Ortsverein Eichenau

März 1983

Nr. 26

DER KOMMENTAR

LICHTBLICK - ODER KLEINES LICHT ?

Was auch immer auf dieser unserer Welt passiert, einer hat es schon vorher gewußt. An prophetischer Gabe steht Franz Josef Strauß der Madame Tessier in nichts nach, allerdings auch in der Treffsicherheit der Vorhersagen.

Erinnern wir uns mal an die folgende: "Helmut Kohl wird nicht Kanzler werden, er ist total unfähig.."

Der erste Teil dieses Satzes aus der berühmten "Wienerwald-Rede" des CSU-Vorsitzenden mußte einer harten Wirklichkeit weichen. Und der zweite? Da hat Strauß jetzt erklärt, Kohl habe sich als lernfähig erwiesen. Ganz ernst hat er dabei geschaut. Was muß er gelitten haben, als

er im Fernsehen Helmut Kohl seine Ernennungs-urkunde abholen sah, im Cutaway, selig lächelnd wie ein Bub, dem das Christkind endlich die Eisenbahn gebracht hat.

Der Bub begann mit der Eisenbahn zu spielen. Station Washington. Ob er wirklich zu Ronald Reagan gesagt hat "you can say you to me" ist nicht verbürgt. Als sicher darf aber gelten, daß Ronald Reagan von dem neuen Mann angetan war. Der hörte brav zu, nickte und lächelte. Der fiel nicht so lästig wie Helmut Schmidt oder Hans-Jochen Vogel, die ständig irgendwelche deutsche Interessen daherbrachten.

Am Heimatbahnhof, in Bonn, geriet mittlerweile allerhand durcheinander. Justizminister Engelhardt von der FDP legte sich

Kommentar: Forts.v.S.1 mit der CSU an. Arbeitsminister Blüm faselte von einer Lohn- und Gehaltspause. Familienminister Geißler zeigte den Ersatzdienstleistenden was eine Harke ist. Wohnungsbauminister Schneider verteidigte sein unsoziales neues Mietrecht. Und Innenminister Zimmermann versucht seit neuestem den deutschen Wald mit Regelungen zu retten, die so wirken, wie Kohl redet: Große Sprüche und nichts dahinter. Die neuen Vorschriften zur Entschwefelung von Kraftwerken lassen sich leicht umgehen. Geschwafel, das ist alles, was dem Bundeskanzler zu Mieten, Ersatzdienst und Waldsterben einfällt. Aber für Einzelheiten ist Kohl ohnehin nicht zu haben. Der Generalist hält sich ans Umfassende, Einfache: Die Unternehmer haben ihm versprochen, den Mangel an Ausbildungsplätzen zu bereinigen. Und der Aufschwung hat versprochen, daß er kommt. Heiner Geißler hat ihn schon gesehen, und wer was anderes sagt, ist ein Lügner. So einfach geht Politik. Wahrlich, "dieser Kanzler verdient unser Vertrauen"!

"Ihr Nachbar"

GEMEINDERÄTE BERICHTEN

Heute: Dr. Irene Osterkamp

Seit Herbst 1980 bin ich innerhalb des Gemeinderates für den Bereich der Ortsverschönerung zuständig: d.h. Grünanlagen und Spielplätze im Blick haben, Mängel feststellen, Verbesserungsvorschläge machen.

Was ist in den vergangenen zwei Jahren geschehen?

Unübersehbar begann es im Frühjahr 1981 am bis dahin etwas eintönig grünen Rathausvorplatz. Heuer wurden Blumentröge vor der Katholischen Kirche und auf der Verkehrsinsel Schillerstraße/ Bahnhofstraße aufgestellt.

Der Gemeinderat war dem Vorschlag von Verwaltung und Referentin gefolgt, einen ortsansässigen Gärtner mit der Neuanlage und Pflege zu betrauen.

Mancher Bürger wird es auch begrüßt haben, daß einige neue Bänke entlang der Spazierwege zum Ausruhen einladen.

Die Eichenauer Spielplätze können sich sehen lassen. Etliche, den Sicherheitsnormen entsprechende neue Spielgeräte bereichern das Angebot.

Zum Anziehungspunkt für Groß und Klein hat sich der Spielplatz an der Kapellenstraße gemauert. In der Anlage stecken viele gute Ideen der "Frauen- und Müttergruppe" und ein ganzer Batzen Geld der Gemeinde. Der Vorschlag für das kommende Jahr" eine Sandaufschüttung auf den schwammigen Untergrund der beliebten Seilbahn. Auch der Sicherheit der Kinder wegen.

Ein bißchen Zukunftsmusik: Das seit langer Zeit schon angepeilte Ziel Volkspark Eichen-Aue rückt allmählich in greifbare Nähe. Überlegungen, Ideen und Taten von Gemeinderat, Verwaltung und Landschaftsarchitekten werden hoffentlich zu einem Resultat führen, an dem alle Eichenauer sich freuen können.

Mein besonderer Wunsch: Vielleicht ließe sich ein Teil der öffentlichen Grünfläche wieder in schlichte Blumenwiesen zurückverwandeln.



Liebe Eichenauer Mitbürgerinnen,
liebe Eichenauer Mitbürger,

am 6. März 1983 ist Bundestagswahl. In den letzten Wochen und Monaten wurden Sie mit vielen Informationen überhäuft.

Die Sozialdemokratische Partei ist durch Sachlichkeit und Objektivität besonders positiv hervorgetreten.

Der Kanzlerkandidat der SPD, Dr. Hans-Jochen Vogel, konnte durch fundiertes Wissen und Sachlichkeit in besonderem Maße überzeugen.

Er wirkte 12 Jahre als Oberbürgermeister von München und 6 Jahre als Minister im Kabinett von Helmut Schmidt.

Dr. Hans-Jochen Vogel ist ein Praktiker. Die politische Erfahrung, die er durch seine langjährige Tätigkeit als Oberbürgermeister sowie als Wohnungsbau- und Justizminister gewinnen konnte, geben ihm die Qualifikation für das wichtige Amt des Bundeskanzlers in unserem Staat.

Die anstehenden großen Probleme unserer Zeit, wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Rezession und die gesamte Problematik der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung können nur von ihm gelöst werden.

Dr. Hans-Jochen Vogel verdient das Vertrauen aller Bürger in unserem Land.

Wir möchten Sie daher bitten, ihm und der Sozialdemokratischen Partei Deutschland bei der Wahl am 6. März 1983 Ihre Stimme zu geben.

Günther Klebermaß
(SPD-Vorsitzender)

Sebastian Niedermeier
(1. Bürgermeister)

"Hallo Nachbarn" -Hsgb.: SPD-
Ortsverein Eichenau - Verant-
wortlich: Günter Klebermaß,
Fuchsbergstr. 11, Telefon

70536

Hallo Nachbarn

SPD

Ortsverein Eichenau

Mai 1983

Nummer 27

Eichenau vor fünfzig Jahren

Eine zeitgeschichtliche Betrachtung
von Günther Klebermaß



Eichenaus Bahnstation »Roggenstein« (bis 1935)

Eichenau vor fünfzig Jahren

Eichenau, der romantische Ort zwischen zwei Endmoränen der Rießeiszeit, ist die jüngste Gemeinde des Landkreises... So beginnt die Kurzchronik unserer Gemeinde, die den Werdegang Eichenaus von der ersten Besiedelung im Jahre 1863 bis in die heutige Zeit beschreibt. Ergänzend und vertiefend will ich hier einige Vorgänge beschreiben, die unseren Ort – eingebunden in das damalige Umfeld – einmal anders erscheinen lassen. Es geht um den Zeitabschnitt, in dem die Nationalsozialisten in unserem Lande das Sagen hatten, eine Zeit, die auch an Eichenau nicht vorbeiging.

Die heutige »Gartenstadt« Eichenau befindet sich auf dem Gebiet des »Unteren Allinger Moores« und war, damals »Kolonie« genannt, bis 1957 Teil der Gemeinde Alling. Zur Zeit der Namensgebung am 7.1.1907 lebten nur 48 Einwohner im Ort. Doch Eichenau wuchs sehr rasch an durch Zuzug von überwiegend weniger bemittelten Bürgern, die sich in Eichenau ein Häuschen noch bauen konnten.

Bereits im Jahre 1922 wurde der Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Eichenau gegründet.

Dies ist nur durch Überlieferung bekannt, da die Dokumente aus Furcht vor Verfolgung durch die Nazis in den dreißiger Jahren beiseite geschafft werden mußten. Schon in den zwanziger Jahren arbeiteten Sozialdemokraten in der gemeinsamen Eichenauer Gemeinderatsfraktion zum Wohle unserer Gemeinde.

Als ältestes Dokument liegt ein Schriftwechsel zwischen der Gemeinde Alling und der Eichenauer SPD aus den Jahren 1925/1926 vor.

Es war die Zeit der großen Wirtschaftskrise in Deutschland, der Inflation und Massenarbeitslosigkeit.

In dieser Zeit bemühte sich die SPD unter ihrem Vorsitzenden Christian Rößler und dem Gemeinderat Georg Scheitinger um Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung für die notleidenden Arbeitslosen in Eichenau.

In diese schwierige Zeit fällt die letzte Gemeinderatswahl vor dem 2. Weltkrieg. Am 8.12.1929 stand zum ersten Mal eine Arbeiterliste – die Rote Arbeiterliste – zur Wahl und errang einen Sitz im Gemeinderat. Gleichzeitig konnten aber auch die ersten Nationalsozialisten über eine andere parteifreie Liste in den Gemeinderat einziehen.

Die Nationalsozialisten im Landkreis hatten in Eichenau eine ihrer rührigsten und erfolgreichsten Ortsgruppen.

Am 5.2.1933 fand die letzte freie Gemeinderatssitzung statt. Man befaßte sich dabei u. a. mit einer Gemeindebezirksänderung zwischen Puchheim und Alling/Eichenau. Peter Schmölzl, der für die Rote Arbeiterliste 1931 nachrückte, bezeugte durch seine Unterschrift noch seine Teilnahme.

Am 28.3.1933 wurde der Sozialdemokrat Peter Schmölzl als Gemeinderat amtsenthooben. In den folgenden Wochen wurden 5 Eichenauer in das Konzentrationslager Dachau eingewiesen. Als Gründe für diese sogenannte Schutzhaft wurden genannt: Rege Betätigung als Kommunist, Hetze gegen die Regierung, kritische Äußerungen, Singen kommunistischer Lieder.

Die Zahl sieht relativ klein aus, doch auf die heutige Ortsgröße umgerechnet würden immerhin mehr als 50 Bürger aus unseren Reihen ins KZ gesteckt worden sein.

Durch ein Gesetz zur Gleichschaltung aller Volksvertretungen wurde die Sitzverteilung im Gemeinderat neu festgelegt: 6 NSDAP, 4 BVP.

Die 4 Vertreter der Bayerischen Volkspartei traten im Mai 1933 geschlossen zurück und wurden durch Nazis ersetzt.

Der 1. Bürgermeister wurde nicht mehr gewählt, sondern vom NSDAP-Kreisleiter eingesetzt.

Von dieser Zeit an findet man in den Gemeindepoteokollen über Beschlüsse nur mehr folgende Formulierung: »Der Bürgermeister beschloß nach Anhörung des Gemeinderates, daß...«

In der Folge wurde z. B. auch der – von Peter Schmölzl gegründete – Sportverein Eichenau (ESV) aufgelöst und anstelle dessen der nazigesteuerte Turn- und Sportverein Eichenau im Reichsbund für Leibeserziehung gegründet.

Bei der Volksabstimmung am 19.8.1934, bei der Hitler als Reichskanzler auch noch das Amt des Reichspräsidenten übertragen bekam, stimmten von 863 wahlberechtigten Bürgern in Alling/Eichenau schon 674 dafür. Nurmehr 104 sagten nein und 22 enthielten sich der Stimme.

Das Ortsbild veränderte sich natürlich auch in dieser Zeit. 1933 wurde mit dem Bau der Staatsstraße 2069 von Puchheim nach Eichenau begonnen, am 15.5.1935 wurde der Haltepunkt Eichenau eröffnet und der vorne

abgebildete Haltepunkt Roggenstein geschlossen und am 26.10.1935 feierte man das Richtfest für die ESV-Halle.

Am 4.7.1937 wurde die evangelisch-lutheranische Freizeitenkirche eingeweiht. In der Folge kamen zu Freizeitaktivitäten und Meßfeiern – zum Teil mit Sonderzügen – bis zu 4000 Bürger aus der Region zur Eichenauer Freizeitkirche.

Dies war den Nazis ein solcher Dorn im Auge, daß der Reichsführer SS, Himmler, den Befehl gab, die Errichtung weiterer solcher Freizeitenkirchen in Deutschland zu unterbinden. Am 1.9.1939 mußten 50 Eichenauer in den Krieg gegen Polen ziehen. Noch viel mehr mußten in den Folgejahren die Truppen in diesem schrecklichen Krieg ergänzen und eine große Zahl von ihnen kam nicht mehr nach Hause.

Im Januar 1944 war der Männermangel in der Gemeinde so groß, daß unter der Leitung von Rosa Schirlinger eine Frauen-Feuerwehr eingerichtet werden mußte.

Am 19.4.1944 fielen Bomben auf den Ortsrand von Eichenau. Es gab großen Sach- aber glücklicherweise keinen Personenschaden. In jener Zeit mußten die wenigen arbeitsfähigen Männer am Tage (zum Teil für die Rüstung) in Werken in München arbeiten und nachts einen in Eichenau stationierten Luft-Abwehr-Scheinwerfer bedienen und bewachen.

Am 1.5.1945 wurde der letzte Nazi-Bürgermeister, Gustav Eberth, vom Bürgerkomitee Freiheitsaktion Bayern zum Rücktritt aufgefordert.

Die amerikanische Militärkommandatur setzte am 2.5.1945 den Dekorationsmaler Hans Wirner als Bürgermeister ein.

Am 27.1.1946 fand die erste freie Gemeinderatswahl nach dem Krieg statt. Es kandidierten nur Parteien; die SPD errang 4 und die CSU 5 der insgesamt 9 Sitze im Gemeinderat Alling-Eichenau.

Am 1.4.1957 wurde die Gemeinde geteilt. Es entstanden die selbständigen Gemeinden Alling und Eichenau.

Mit einem Ausdruck der Hochachtung vor allen Bürgern, die 1933 bis 1945 den Nazis Widerstand geleistet haben, will ich meinen Ausflug in die Vergangenheit beenden.

22.6.1933

Verbot der SPD

Zur damaligen Zeit wäre es nicht mehr möglich gewesen, daß Sie unseren »Hallo Nachbarn« zum Lesen bekommen hätten. Das Herstellen und Verteilen, aber auch vielleicht das Lesen solcher Schriften hätte zur Einweisung ins KZ führen können. Die SPD wurde aufgelöst, ihre Mitglieder verfolgt und das Parteivermögen beschlagnahmt.

Eine Straße für Hans Wirner

Die Eichenauer SPD hatte nichts gegen Gustav Eberth. Er hatte sich gerade um den Bau der ESV-Halle sehr verdient gemacht. Aber daß gerade dem letzten NSDAP-Bürgermeister eine Straße gewidmet war, dem nach der Befreiung von der Freiheitsaktion Bayerns eingesetzten Bürgermeister aber nicht, paßte der SPD auch nicht. Immerhin ist es Bürgermeister Hans Wirner zu verdanken, daß die vielen Flüchtlinge, die nach Eichenau kamen, ein erträgliches Los hatten. Wirner war ein Gründer und Förderer des Hilfswerks Eichenau.

Die SPD beantragte am 25.3.1983, eine Straße in Eichenau nach Hans Wirner zu benennen. Die Straße am S-Bahn-Parkplatz trägt jetzt seinen Namen.

Notizen aus dem Gemeinderat

Der 1. Bürgermeister Sebastian Niedermeier (SPD) und SPD-Gemeinderat Helmut Kraft setzten sich mit Anfragen und einem Antrag dafür ein, daß der derzeit sehr hohe Wasserpreis gesenkt wird. In Zukunft kostet der Kubikmeter nur mehr DM 1,15 statt heute DM 1,45. Durch die Gebührenpolitik des Herrn Pürkner bedingt, mußte leider wegen überhöhter Gewinne eine Steuerzahlung von DM 300 000,- auf die Verbraucher abgewälzt werden.

Auf Vorschlag des Verkehrsreferenten, Günther Klebermaß (SPD), beschloß die Gemeinde, einen provisorischen Gehweg entlang der Staatsstraße 2069 zum Bahnhof zu schaffen, da mit einer endgültigen Neugliederung dieses Bereiches beim Bau einer Unterführung in den nächsten Jahren nicht zu rechnen ist.

Ebenfalls zur Verbesserung der Verkehrssituation in diesem gefährlichen Bereich wird der Birkenweg an der Einmündung in die Staatsstraße für Fahrzeuge geschlossen; die Zufahrt erfolgt in Zukunft über den Lindenweg.

Angeregt durch die Freien Wähler und die Wählergruppe Unabhängig und mit voller Unterstützung des 1. Bürgermeisters und des Verkehrsreferenten wendet sich die Gemeinde Eichenau gegen eine im Rahmen der Olchinger Ortsentwicklungsplanung vorgesehene Verbindungsstraße zwischen der B 471 und dem Olchinger Süden. Damit würde in erheblichem Umfang weiterer Durchgangsverkehr nach Eichenau gezogen und der Bau der Münchner Autobahn-Westspange weiter hinausgezögert. Der Planungsausschuß befürwortete ein entsprechendes Schreiben an die Nachbargemeinden.

Damit der Musikunterricht für Eichenauer Kinder nicht unzumutbar eingeschränkt wird, hat die SPD eine Erhöhung des Zuschusses um DM 3000,- unterstützt und sich bezüglich der Konsolidierung der Finanzen der Kreismusikschule hinter die Äußerungen und Handlungen von Bürgermeister Niedermeier (SPD) und Prof. Dr. Gropp sowie der Kulturreferentin Musolf (CSU) gestellt.

Marion Flad (SPD) drängte auf Versachlichung der Diskussion um die Kreismusikschule.

Durch ihren Fraktionssprecher Günther Klebermaß bestreitet die SPD die Ansicht der Gemeinderatsmehrheit, daß kein weiterer Bedarf für Altenwohnungen zu sehen ist und befürwortet die Bezuschussung für eine geplante Altenwohnanlage der Evangelischen Kirche Eichenau in 2-3 Jahren, wenn die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde es erlauben.

Die SPD setzt sich weiter ein für die Bezuschussung zur Renovierung des evangelischen Freizeitheimes mit DM 40 000,-.

Damit die Gemeindefinanzen in Ordnung bleiben, mußte allerdings die weit überzogenen Forderung der Freien Wähler auf einen Zuschuß von DM 300 000,- abgelehnt werden.

Der Kommentar

Das Gefasel vom Aufschwung hat der Rechtskoalition zwar die Wahl gewinnen helfen, aber die reale wirtschaftliche Lage hat sich dadurch kaum verändert. Die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute bescheinigten dem Kanzler: Von einem dauerhaften Aufschwung kann nicht die Rede sein. Wir werden, wenn's hoch kommt, ein halbes Prozent Wirtschaftswachstum haben, und an den hohen Arbeitslosenzahlen wird sich nichts ändern.

Höchste Zeit also für die Regierung zu handeln, ein Beschäftigungsprogramm vorzulegen, eine Vorruhestands-Regelung einzubringen und ein Arbeitszeitgesetz zu verabschieden. Alles Schritte, die sich dem Dauerverhängnis Massenarbeitslosigkeit entgegenstellen könnten. Nicht so Kohl, nicht so Graf Lambsdorff, nicht so Minister Stoltenberg. Auf die sehr überlegten Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion kontern sie mit dem Drehen liberalistischer Gebetsmühlen. Leistung müsse wieder belohnt werden, bürokratische Hemmnisse seien zu beseitigen, die Wende bringe unsere Wirtschaft wieder in Trab und was derlei Unsinn mehr ist.

Den Arbeitslosen beschert solches Geschwätz keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz. Der Jugendliche muß sich durch Kohls vollmundige Ausbildungsplatzgarantie, hinter der nichts steht als des Kanzlers selbstzufriedenes Lächeln, verhöhnt vornehmen. Der Kollegin, die stellensuchend ihre Runden dreht, ist damit nicht geholfen.

Aktive Arbeitszeitpolitik ist neben einer aktiven Beschäftigungspolitik der einzige denkbare Ausweg aus der Krise. Die SPD hat ihn gewiesen. Und sie werden im Bundestag die Rechtskoalition immer wieder stellen. Mit dem Arbeitszeitgesetz, mit einem Vorruhestandsgesetz, mit ihren Vorschlägen zu arbeitsplatzsichernden und arbeitsplatzschaffenden Investitionen. Und es wird der Koalition angesichts unvermindert anhaltender Krisen auf dem Arbeitsmarkt immer schwerer werden, alle unsere Vorschläge in Bausch und Bogen zu verdammen.

Druck von den Gewerkschaften und Aufklärungsarbeit der Sozialdemokraten können allein die Mehrheitsverhältnisse in Bonn nicht ändern. Aber beide vermögen gemeinsam, die Hohlheit und Perspektivlosigkeit der Bonner Regierung von Tag zu Tag deutlicher werden zu lassen.

Hallo Nachbarn

SPD

Ortsverein Eichenau

Juli 1983

Nummer 28

EINLADUNG

**zum Sommerfest mit Musik,
Tanz und Tombola**

für Kinder- u. Jugendfreizeit in Eichenau

Gasthof zur Post

Biergarten - Roggensteiner Allee 49

Samstag, 9. Juli 1983 ab 15 Uhr

Verantwortlich:

**SPD-Ortsverein Eichenau, 1. Vorsitzender
Günther Klebermaß, Fuchsbergstr. 11, Tel. 70536**

OHNE KOMMENTAR

Arbeitsamt Freising

Der Direktor



Bundesanstalt
für Arbeit

Arbeitsamt, Postfach, 8050 Freising

Gewerkschaftsbescheid

Falls Sie Ihren Gewerkschaftsbescheid telefonisch außerhalb der sogenannten Stammarbeitszeit (Montag mit Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr, Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr) nicht erreichen sollten, bitten wir um Ihr Verständnis.

Herrn
Hans Schnerrer
Hauptstr. 30

8059 Reisen

Ihre Nachricht

Heute

Datum

Mein Zeichen

4.11.82
IIc3 - 34788/Ia34/2254

(Bitte bei jeder Antwort dieses Zeichen angeben)

Betreff: Ihr Antrag vom 19.8.82 auf Arbeitslosenhilfe

Sehr geehrter Herr Schnerrer,

Ihren Antrag kann nicht entsprochen werden.

Das Einkommen Ihres Ehegatten ist nach Abzug des gesetzlichen Freibetrages auf Ihre Alhi anzurechnen. Ihr Ehegatte verfügt über ein Einkommen in Höhe von 249,70 DM wöchentlich. Nach Abzug des gesetzlichen Freibetrages in Höhe von 75,-- DM wöchentlich ist hiervon ein Betrag von wöchentlich 173,70 DM auf Ihre Alhi anzurechnen.

Das anzurechnende Einkommen übersteigt den Betrag von 159,-- DM, der Ihnen ohne dieses Einkommen als Arbeitslosenhilfe zustehen würde. Sie sind daher nicht bedürftig und haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe.

Die Entscheidung beruht auf § 134 in Verbindung mit § 138 des Arbeitsförderungsgesetzes.

Gegen die-

"SOZIALE HÄNGEMATTE"

Der Antragsteller war 21 Jahre Akkordarbeiter und erlitt dann einen Herzinfarkt. Im Anschluß daran bezog er 4 Jahre Erwerbsunfähigkeitsrente auf Zeit. Da diese nicht in eine Dauerrente umgewandelt wurde, stellte der Kollege Antrag auf Arbeitslosengeld. Dieser Antrag wurde abgelehnt, da während des Rentenbezugs keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt werden.

Arbeitsamt Aalen
Zentrale-Fachabteilung
81096
Landesamt für
Schweibisch Grund
19 2 11 11 11 11

Arbeitsamt Aalen
Zentrale-Fachabteilung
81096
Postfachamt Stuttgart
(BLZ 600 100 70)

GEMEINDERÄTE BERICHTEN

Heute: Ina W a g n e r

Als ich am 1. Oktober 1982 als Nachfolgerin für den 2. Bürgermeister Alfred Tober, der aus gesundheitlichen Gründen leider sein Gemeinderatsamt niederlegen mußte, als Gemeinderätin vereidigt wurde, wäre mir eigentlich das Feuerwehrreferat zugefallen. Damit wußte ich - ehrlich gesagt, so gut wie nichts anzufangen; und so war ich über den vorgenommenen Referatsaustausch sehr froh und übernahm stattdessen gern das Ortswaisenreferat.

Bei meiner Berufung durch den Gemeinderat habe ich allerdings sehr wohl das Raunen vernommen, das wohl meinte, "den Letzten beißen die Hunde". Da der Ortswaisenrat nämlich der Schweigepflicht unterliegt, kann er kaum auf "Ruhmestaten" verweisen, die doch bei einer weiteren Kandidatur sehr nützlich sein könnten. Dafür kann er sehr viele und vielfältige Aufgaben übernehmen und sie sich selber in seiner Gemeinde herausuchen. Generell wird er berufen, um das Jugendamt bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen (gem. § 47c JWG). So weit, so gut. Was bedeutet das nun?

- Der Ortswaisenrat hat (im Schnitt alle zwei Monate) einen Pfleger oder Vormund oder beides in einer Person zu begutachten bzw. zu benennen. Er hat im Interesse des Mündels bzw. der Pflegeperson herauszufinden, ob diese für ihre Tätigkeit und ihren Wirkungsbereich geeignet sind. Insbesondere hat er herauszufinden, ob das Mündel in Gefahr gerät, übervorteilt zu werden. Dafür hat der Ortswaisenrat vielfältige Gespräche, z.B. mit den Pfarrern der beiden Kirchen, auch mit dem Gesundheitsamt, Amtsgericht und Sozialamt zu führen. Die Vormundschaft bzw. Pflegschaft soll zum Wohle des Mündels bzw. Pfleglings gedeihen.
- Der Ortswaisenrat kann seine Hilfe anbieten bei familiären Belastungen, z.B. kann er sich für eine vorübergehend überstrapazierte und überforderte oder kranke Mutter um einen Platz in einem der Heime vom Müttergenesungswerk bemühen. Er kann Hilfestellung beim Ausfüllen von Anträgen geben, und er kann Kontakte zu den zuständigen Stellen ausnützen, um langwierige Engpässe in der Familie zu vermeiden.
- Es kann und sollte sich - wo es nützt -, um schnellere ärztliche oder psychotherapeutische Behandlung von Müttern bemühen, damit insbesondere Kinder nicht allzulange Schwierigkeiten, Bedrohungen und Ängsten ausgesetzt bleiben. Solche Kinder wären in ihrer persönlichen sowie schulischen Entwicklung von vornherein benachteiligt. Das gilt es zu vermeiden.
- Er soll sich einschalten, wo Kinder in ihrer Entwicklung beeinträchtigt werden. Z.B. kann er sich an die Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern um Hilfe wenden, wo ein Kind in einer akuten Scheidungssituation weder von der Mutter noch vom Vater Hilfe erhalten kann und dadurch offensichtlich in ein Defizit gerät. Er kann sich somit ein Stück weit um die Realisierung von Chancengleichheit für alle Kinder bemühen. In einer Spieltherapie kann nämlich ein derart bedrohtes Kind sich selbst mit Hilfe des Therapeuten wiederfinden bzw. zu sich selbst finden. Dabei könnte auch ein Gespräch mit dem Klassenlehrer und/oder der Schulleitung hilfreich sein.
- Der Ortswaisenrat kann vom Kreisjugendamt gebeten werden, sich bei Schwierigkeiten im Bereich der Jugendarbeit vermittelnd einzusetzen; darauf hinzuwirken, daß erfolgreich gearbeitet werden kann.

- Der Ortswaisenrat ist angewiesen, darauf zu achten, daß der Jugendschutz gewährleistet ist.
- Der Ortswaisenrat kann vom KJA aufgefordert werden, um Verständnis in der Bevölkerung für Minderheiten und Randgruppen zu werben und die Arbeit der sie betreuenden Fachkräfte zu unterstützen.
- Der Ortswaisenrat kann sich um Veränderungen im schulischen Bereich bemühen. Z.B. kann er sich mit anderen dafür einsetzen, daß die Schulen in seiner Gemeinde Sozialarbeiter einstellen, um möglichst vielen Kindern zu ersparen, daß sie auf eine Sonderschule überwechseln müssen. Viele Schulprobleme könnten im Anfangsstadium so erfolgreich gelöst werden zum Wohl insbesondere von schwächeren Kindern.

FAZIT: Der Ortswaisenrat darf sehr viel tun, insbesondere für sozial Schwächere - nicht nur im Kindes- und Jugendalter, nur eins darf er nie tun, sagen, was er für wen im einzelnen getan hat.

Für meine Arbeit wünsche ich mir oft, daß mehr Bürger nicht so sehr auf ihre - oft nur vermeintlichen - Rechte pochten, sondern ein bißchen Selbstironie aufbrächten; mehr Phantasie und Andersartigkeit bei anderen zulassen könnten. Es ist klar, jeder handelt nach seinen Erkenntnissen und Einsichten, die er für richtig hält, andere können aber zu anderen gelangt sein, die nicht immer und nicht unbedingt falsch sein müssen. Ein bißchen Verständnis für die eigenen Schwächen und die Schächen anderer und ein bißchen Humor könnten manches leichter gelingen lassen.

Die SPD will der Motor sein, wenn es darum geht, unseren Ort als liebenswerten Bereich - hauptsächlich für die Freizeit - zu erhalten und auszubauen. Unter diesem Motto nominierte die SPD-Eichenau ihre Spitzenmannschaft:

1. Günther Klebermaß, Dipl.-Ing (FH)
2. Gabriele Riehl, Hausfrau
3. Günter Schrettinger, Programmierer
4. Ina Maria Wagner, Hausfrau
5. Bertram Fiedler, Richter
6. Gabriele Kirner, Sekretärin
7. Hans Heuwirth, Student der Betriebswirtschaft
8. Rosemarie Grützner, Steuerbevollmächtigte
9. Barbara Thierfelder, Bewegungstherapeutin
10. Richard Schwarz, Gewerkschaftssekretär

Hallo Nachbarn



SPD

Ortsverein Eichenau

Juli 1983

Nummer 29

DER KOMMENTAR

Abwegig gedacht.....?

Das neue Demonstrationsrecht, das jetzt vom Bundeskabinett beschlossen worden ist, kann etliche Politiker in der CSU längst noch nicht zufriedenstellen. Sie hätten gern gleich noch eins draufgelegt, das Vermummungsverbot etwa. Oder das Verbot, sich gegen Polizeihiebe durch Helme zu schützen. Denn die ganze Demonstriererei ist ihnen von Herzen zuwider, sie stört ihren Begriff von der "öffentlichen Ordnung". Übrigens: Es gibt ja auch ordentliche Demonstrationen. In Ostberlin etwa, am 1. Mai. Von der äußeren Form her, nichts dagegen einzuwenden, gelle? Und, weil wir schon grade bei der DDR sind - da gibt's ja noch mehr, was in CSU-Kreisen auf Sympathie stoßen dürfte. Ein Achternbusch hätte bei denen nicht das Maul aufmachen dürfen. Und die Zeitungen schreiben immer brav

das, was die politische Führung will. Da gibt's auch keine Sauereien im Fernsehen und die Regierungspartei wird anständig und ausführlich dargestellt. Das deutsche Volkslied wird eifrig gepflegt, das Soldatentum als die Spitze vaterländischer Pflichterfüllung gefeiert, und Umweltschutz betreibt man nur dort, wo es die Industrie nicht stört. Auch von Streiks ist wenig bekannt. Die Arbeiter nehmen brav das, was man ihnen gibt und die Partei braucht sich um ihre Finanzierung keine Sorgen zu machen. Franz Josef Strauß müßte es in der DDR eigentlich gefallen, wenn er demnächst hinfährt. Aber, wir wissen natürlich genau, daß es völlig abwegig ist, die DDR und die CSU zu vergleichen. Noch aber darf man in diesem unserem Lande auch mal was abwegiges denken. Sogar hinschreiben. Und deswegen haben wir es auch getan.

"Ihr Nachbar"

Gemeinderäte berichten

Heute: Gabi Riehl

Im Mai 1978, als der neue Gemeinderat zusammentrat, wurde zum erstenmal auch ein Jugendreferent bestellt. Nachdem dieses Sachgebiet ein klassisches "Frauenthema" in der Politik ist, bekam die SPD, die zu diesem Zeitpunkt als einzige Gruppierung im Gemeinderat mit zwei Frauen vertreten war, dieses Referat.

Ein völlig neues Arbeitsgebiet also, eine reizvolle Aufgabe, die aber auch belastet ist mit zahlreichen Vorbehalten: "Brauchen wir als relativ kleine Gemeinde überhaupt kommunale Jugendarbeit, die ja doch bloß wieder Geld kostet?" und Patentrezepten: "Die Jugendlichen sollen sich doch in den Vereinen engagieren!" Zudem wird diese Aufgabe immer wieder durch Rückschläge erschwert, die alte Vorurteile wieder neu aufleben lassen.

Was ist nun aber dennoch erreicht worden?

- In Eichenau besteht ein Jugendzentrum. Aus einem Provisorium im Jahr 1979 entstand ein Jugendzentrum, das im Juni 1982 offiziell seiner Bestimmung übergeben wurde.

Nach dem Brand, den wir alle mit Entsetzen zur Kenntnis nehmen mußten, werden in diesen Tagen die Bedingungen für den Betrieb neu festgelegt. Senkung der Altersgrenze auf 18 Jahre, vermehrte Gruppenarbeit bei gleichzeitiger Reduzierung des sog. "offenen" Betriebs werden dazugehören; Dinge, die im übrigen auf Vorschlägen der Sozialarbeiter und der Jugendlichen des JZ-Rates basieren.

Daneben wird das JZ von verschiedenen Vereinen genutzt.

- Im Jugendzentrum arbeiten zwei hauptamtliche Sozialarbeiter, die zusammen mit einem von den Jugendlichen gewählten JZ-Rat auf der Basis eines Organisationsstatutes das Programm gestalten.

- Der Gemeinderat setzte im Juni 1980 einen Jugendausschuß ein, und trug so der Bedeutung der Jugendarbeit Rechnung, nachdem ein derartiger Antrag der SPD 1978 noch abgelehnt worden war.

- Gemeindevertreter und Jugendleiter der Vereine treffen sich seit August 1978 zu einem sog. "Jugendgespräch", das dem Erfahrungsaustausch, der gegenseitigen Information, dem Aufarbeiten von Problemen und der Verknüpfung von freier und gebundener Ju-

gendarbeit dient.

- Mit dem Mitteilungsblatt der Gemeinde erscheint einmal jährlich ein "Veranstaltungskalender für Jugendliche", der alle festen Termine der Vereine für Jugendliche auflistet.

- Daneben fanden in den vergangenen Jahren zahlreiche Einzelveranstaltungen statt, die z.T. in Zusammenarbeit mit den Eichenauer Vereinen zustande kamen: Jugend-Info-Markt, Radl-Flick-Kurs für Schüler, Jugendbuchausstellung, Gastspiel des Münchner "Theater der Jugend", Jugendquiz.

Nach den vergangenen Wochen z.T. harter Diskussion über die Berechtigung und Notwendigkeit der freien Jugendarbeit ist für mich aber das Wichtigste:

Einstimmig ist der Jugendausschuß und hoffentlich damit auch der Gemeinderat der Meinung, daß, trotz der Rückschläge und Enttäuschungen, für die nichtorganisierten Jugendlichen weiterhin etwas getan werden muß. Wir können nach 1 1/2 Jahren JZ-Arbeit nicht erwarten, daß all unsere Probleme gelöst, unsere Idealvorstellungen von der Arbeit dort verwirklicht sind.

Unter neuen Bedingungen, die von den gutwilligen Jugendlichen akzeptiert und von

einsichtigen Erwachsenen unterstützt werden, wollen wir einen neuen Anfang wagen.

Frauenpolitik

Ist die "Wende" das Ende?

Nur schwer kann ich mich an die neue Politik der CDU/CSU-FDP-Regierung in Bonn gewöhnen. Besonders uns Frauen werden die unausgewogenen Sparmaßnahmen zu schaffen machen. Mit der neuen Mutterideologie will man uns von den Arbeitsplätzen verdrängen. "Zurück zu den drei K's (Kinder, Küche, Kirche), ihr Frauen!" heißt die Devise der Konservativen aus Bonn und München.

Wir Frauen sollten uns weigern, uns weiter als "Reservearmee" der Wirtschaft benutzen zu lassen, die man je nach Belieben in die Berufstätigkeit oder hinter den Kochtopf steckt.

Die CDU/CSU spielt meiner Meinung nach hier mit gezinkten Karten: Einerseits stellt sie ihre angebliche Familienfreundlichkeit zur Schau, die in Heiner Geißlers "neuer Mütterlichkeit" - wohl den derzeitigen Wirt-

schaftsinteressen entsprungen - gipfelt. Andererseits nimmt diese Regierung derartige Einschnitte ins soziale Netz vor (Mietgesetze, Kindergeldkürzungen, Selbstbeteiligung bei Krankheitskosten, Kürzung von Wohngeld, Wegfall des Schülerbafögs usw., usw.), daß uns Frauen doch gar nichts anderes übrig bleibt, als für die Familie dazuzuverdienen.

Einen groben Verstoß gegen den Gleichberechtigungsgrundsatz sehe ich auch in der Attacke von CSU-MdL Wilhelm Gastinger. Er nennt die verheiratete, erwerbstätige Frau "Doppelverdiener" und stellt ernsthaft zur Diskussion, ob sie im öffentlichen Dienst als Beamtin noch tragbar sei. Jahrzehntlang haben wir Frauen darum gekämpft, in der Ausbildung und im Berufsleben Chancengleichheit zu erlangen. Soll nun wieder alles dahin sein?

Ein weiterer erschreckender Punkt, der die Rückschrittpolitik der konservativ-liberalen Koalition dokumentiert, ist die neu entbrann-

te Diskussion um den § 218. Ich habe keinen Zweifel daran, daß die Unionspolitiker die Reform dieses Paragraphen am liebsten ganz zurückdrehen würden. Aber um die Wählerinnen nicht total vor den Kopf zu stoßen, hat man sich in Bonn eine elegantere Lösung einfallen lassen: Schwangerschaftsabbruch soll es nicht mehr auf Krankenschein geben! Was das bedeutet, kann man sich vorstellen: Die Reichen können zum Mediziner gehen und die Armen werden wieder in die Hinterhöfe zu Kurpfuschern und Engelmachern getrieben.

Die sozial Schwachen schwächen und die Starken noch mehr stärken, das ist das Konzept der jetzigen Regierung. Wir sollten nicht tatenlos zusehen, wie das Reformwerk der SPD zunichte gemacht wird, das speziell uns Frauen einen großen Schritt in Richtung Gleichberechtigung gebracht hat.

Gabriele Kirner

Hallo Nachbarn



Ortsverein Eichenau

August 1983

Nummer 30

W E N D E ?

In der Bundesrepublik waren Ende Juni 1983 2.126.655 Arbeitnehmer arbeitslos. Rund 1 Million aus der sog. stillen Reserve sind hinzuzuzählen.

Zwar schneidet die Bundesrepublik im internationalen Vergleich mit ihrer Arbeitslosenquote von 9,5 % im Durchschnitt des ersten halben Jahres noch relativ gut ab. Aber für die Arbeitslosen sind solche Statistiken kein Trost.

Immer häufiger ist zu hören, daß man doch die Ausländer nach Hause schicken solle. Mit dem Gesetzentwurf über die Rückkehrhilfen für ausländische Arbeitnehmer wird nach unserer Auffassung von der Bundesregierung Öl in das Feuer gegossen.

Um diesen Problemkreis ausführlich zu diskutieren, lädt der SPD-Ortsverein Eichenau zu einer Podiumsdiskussion ein.

AUSLÄNDER - MENSCHEN ODER PRODUKTIONSMITTEL ?

Podiumsdiskussion am 16.09.1983 um 20.00 Uhr

im Gasthof "Zur Post", Roggensteiner Allee

Als Teilnehmer sind vorgesehen:

für die SPD:

RUDI SCHÖFBERGER, MdB

für den DGB-Landesbezirk Bayern:

HANS MAIER

Vorsitzender d. Ausländerbeirats
der Stadt München:

OSKAR FRANKOVIC

für die evang. Gemeinde Eichenau:

EVA HOLTkamp-KULOW

CSU u. Gewerbeverband: angefragt

Gemeinderäte berichten

Heute: Günther Klebermaß (Verkehrsreferent)

In der ersten Sitzung des neuen Gemeinderates 1978 wurde ich zum Verkehrsreferenten gewählt. Eine reizvolle Aufgabe - wie es auf den ersten Blick erscheint - denn Verkehr berührt jeden Bürger hautnah; Verkehrspolitik wird kritisch mitverfolgt. Doch gerade wenn's um's Auto geht, ist's schwer, jedem recht zu tun. Ich hielt und halte es da lieber mit meiner Maxime: "Im Zweifel für die Sicherheit und die Natur."

Eichenau ist kein Verkehrsknotenpunkt - mangels bedarfsgerechter Regionalstraßen im Westen von München jedoch wird der Ort mit einem Durchgangsverkehr belastet, der über das normale Maß weit hinausgeht und das innerörtliche Verkehrsgefüge negativ beeinflußt. Ich setzte mich deshalb in mehreren Aktionen ein für:

- den raschen Bau einer Verbindung zwischen den Autobahnen Stuttgart und Lindau und
- die Schaffung einer LKW-gerechten Unterführung auf der Bundesstraße 2 nach Fürstenfeldbruck.

Nur diese beiden Maßnahmen können Eichenau von der Verkehrslawine befreien.

Der Bau einer Bahnüberführung wurde im Gemeinderat abgelehnt, weil sie noch mehr Verkehr in den Ort ziehen würde. Später einmal sollte eine kleinere Bahnunterführung die ebenfalls nicht unproblematische Schranke ersetzen. Bis zu diesem Zeitpunkt dient ein Weg entlang der Staatsstraße zum Bahnhof, der auf meine Anregung hin geschaffen wurde, den Fußgängern. Die Ortsdurchfahrt wird im Rahmen einer kleinen Lösung erneuert werden.

Der Öffentliche Personennahverkehr kann durch Angebotssteigerung die Probleme des Individualverkehrs verringern. Dazu muß er aber auch attraktiv für die Bürger sein. In Eichenau konnten wir eine Park & Ride-Anlage erstellen sowie die Ortslinie in den MVV eingliedern.

Für die Busfahrgäste wurde ein Wartehäuschen am Bahnhof errichtet und -übrigens- der S-Bahnhof Eichenau ist behindertengerecht ausgebaut.

Zu meinen Aufgaben zählt es, an der Generalstraßenplanung mitzuwirken. Den bestehenden Verkehr zu bewerten, Entwicklungen abzuschätzen und daraus abgeleitet ein Konzept für ein zukünftiges Eichenauer Verkehrsnetz zu erstellen, ist das Ziel der Generalstraßenplanung.

Als Gerippe sind einige aufnahmefähigen Achsen zu bestimmen, die den Verkehr zwischen den Ortsteilen und zu den Nachbarorten aufnehmen können. An dieses Gerippe können dann Sammelstraßen in die Wohngebiete angebunden werden. Drei Viertel der Straßen sind reine Anliegerstraßen und können verkehrsberuhigt gestaltet werden.

Das Konzept der Verkehrsberuhigung war bei Aufnahme meiner Tätigkeit weithin unbekannt, ja es stieß sogar teilweise auf Unverständnis. Bürgermeister Niedermeier übernahm sehr bald dieses von mir vorgetragene Konzept und nach langer Überzeugungsarbeit in der Gemeinde kommt die Verkehrsberuhigung in Eichenau nun schon mit konkreten Ergebnissen zum Tragen (Wettersteinstr.). Zug um Zug soll Verkehrsberuhigung nun im gesamten Gemeindegebiet geplant werden. Die Bauverwaltung erhebt derzeit für den Generalstraßenplan umfangreiche Daten und bereitet ein Gesamtkonzept vor.

Die Sicherung der Schulwege - ein besonderes Anliegen des Verkehrsreferenten! Folgende Maßnahmen wurden in den letzten 5 Jahren getroffen: Vollampel an der Schulstraße; Bodenmarkierungen, Sonderwarntafeln und Vollampel an der Roggensteiner Allee.

Der weitere Teil meiner Tätigkeit war das Bemühen, Eichenauer Bürgern zu staubfreien Straßen zu verhelfen und bei offensichtlichen Sicherheitsgefährdungen oder Behinderungen durch Einleiten von verkehrsrechtlichen Anordnungen Abhilfe zu schaffen. Eine große Hilfe war und ist mir zu jeder Zeit das Gespräch mit und die Unterstützung von vielen Eichenauer Bürgern und Vereinigungen.

SPD Eichenau gegen Wettrüsten in Ost und West

Wie in der Presse bekanntgegeben, hat sich der Eichenauer Ortsverein kürzlich mit dem Thema Nachrüstung befaßt. In einer Resolution wandte er sich an die SPD-Fraktionen aller Ebenen. Für den Eichenauer Gemeinderat würde das bedeuten, sich gegen Transport und Lagerung von Atomwaffen im Gemeindegebiet auszusprechen.

Am 26.7.83 hat sich die Eichenauer Friedensinitiative (EFI) als überparteiliche, überkonfessionelle selbständige Gruppe gegründet. Die SPD Eichenau begrüßt, daß bei dieser Gründung auch einige ihrer Mitglieder mitgewirkt haben und hofft, daß diese Initiative den Erfolg hat, der der Wichtigkeit ihres Anliegens entspricht.

Peace is fun ...

ist die Überschrift eines Zeitungsartikels, in dem englische Pazifistinnen belächelt werden. Macht Frieden Spaß?

Gründung und erste Aktionen der Eichenauer Friedensinitiative (EFI) haben eine überraschend positive Resonanz in der Presse und in den Unterschriftenlisten (130) gefunden. Das ist tatsächlich Grund zur Freude; die viele "Ferienarbeit" hat sich gelohnt.

Allerdings blieben uns extreme Urteile bei den Schweigekreisen, Informationsständen und Gesprächen nicht erspart und bleiben mir wörtlich im Gedächtnis:

"Das ist Vereinsmeierei, das ist alles - a Geschäft wolln's machen, sonst nix - Ihr seid Verbrecher, Ihr holt den Russen rein - die solln doch erst mal rübergehen - so lebt man also, ohne zu arbeiten, als neue Weltverbesserer - zwingt den Russ in die Knie, anstatt ihn mit Weizen und Milliarden zu füttern, dann schießt er keine Raketen - seid Ihr sicher, daß das Ganze nicht nur Ersatzbefriedigung oder Profilierungssucht ist? - wenn Gott will, daß die Atombombe fällt, dann fällt sie eben - das brauche ich nicht zu lesen, ich war ja in Hiroshima; ist eine häßliche moderne Stadt heute ----

ach nein, Frieden macht nicht nur Spaß!

Barbara Thierfelder

Hallo Nachbarn



Ortsverein Eichenau

November 1983

Nummer 28

31

Freundschaft oder Gefolgschaft auf Gedeih oder Verderb?

Die Uno-Vollversammlung hat die Invasion Grenadas durch die USA als offenen Völkerrechtsbruch zutiefst bedauert. Darf man aber als Freund der USA in der NATO die Invasion auch kritisieren? Sind solche Worte erlaubt wie: ... es wird fürchterliche Kriege geben, wenn die USA in jedes Land einmarschieren, in dem der Kommunismus gegen den Willen des Volkes herrscht. Der Westen kann nicht einfach Länder angreifen, wenn dort Dinge passieren, die nicht nach seinem Geschmack sind...? So etwas kann nur die britische Premierministerin Margaret Thatcher sagen, weil sie keinen Franz Josef Strauß als heimlichen Außenminister hat. Da hat's unser Kanzler Kohl schon schwerer. Selbst die vorsichtige Kritik, daß die Bundesregierung von der Invasion abgeraten hätte, wenn sie vorher konsultiert worden wäre, war für Strauß schon zu vorlaut. Er verlangt treue Gefolgschaft:

Wir müssen für diese »Bemühungen der USA Verständnis haben«. Auch die Stimmenthaltung der Bundesrepublik bei der Abstimmung der UNO über die oben erwähnte Resolution war natürlich »ein Akt mangelnder Solidarität mit unserer Schutzmacht«.

Da kann auch Kohl nicht widerstehen. Flugs korrigiert er in Japan sein Abraten von der Invasion in ein »wahrscheinliches« Abraten. Aber eigentlich ist es egal, ob die Bundesregierung abgeraten oder nur wahrscheinlich abgeraten hätte. Sie ist sowieso nicht gefragt worden.

So ist nur zu hoffen, daß die Bundesregierung einmal nicht im Falle eines Atomkrieges in Deutschland sagen muß: Wir hätten abgeraten, wenn wir konsultiert worden wären ... wenn sie das dann noch sagen kann.

Waldsterben:

Warten, bis alles kaputt ist?

Unser Wald stirbt. Zwei von sieben Millionen Hektar Wald, die unser Land ungefähr zu einem Drittel bedecken, sind krank oder bereits abgestorben. Zugrunde gerichtet von über 18 Millionen Tonnen Schadstoffen – Rauch, Abgasen, Staub – die jährlich vom Himmel auf Menschen, Tiere, Bäume und Pflanzen herunterrieseln: der „saure Regen“. Längst gehören die, die vor den schweren Folgen dieser Entwicklung warnen, nicht mehr in die Ecke der Spinner und Fortschrittsverhinderer. Die Öffentlichkeit ist wach geworden. Viele haben begriffen, was es bedeutet, wenn ein Fluß „umkippt“, ein Baum „stirbt“ oder wieder ein Stück Landschaft „zerstört“ wird: letztlich weniger Lebensraum für die Menschen, weniger Zukunft.

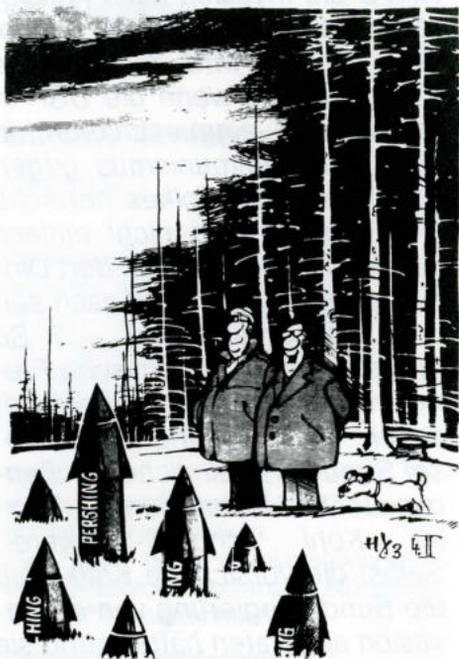
Was Autos, Heizkraftwerke, Hausheizungen und Industrie an tödlichen Giftmischungen absondern und welche Schäden dabei verursacht werden, umschreiben Statistiker nüchtern so: Schäden für die Forstwirtschaft – 1,5 Milliarden Mark; Schäden an historischen Gebäuden, Stahlkonstruktionen und Bauten – 3 Milliarden Mark, alles im Jahr.

Was der Verlust an Lebensraum „wert“ ist oder was die Volkswirtschaft die Gesundheitsschäden „kosten“, läßt sich allerdings schon schwerer sagen. Die Amerikaner haben es einmal versucht: Aus einer Studie des amerikanischen Kongresses geht hervor, daß allein 51 000 Todesfälle jährlich auf Schwefeldioxyd-Emissionen zurückgeführt werden können. So makaber vielleicht solche Zahlen sein können, so zeigen sie doch deutlich, daß es später ist, als einige glauben wollen.

Die Sozialdemokraten haben begriffen, daß Eile Not tut, um eine Katastrophe zu verhindern. Sie haben ein Notprogramm zur Rettung des Waldes vorgelegt. Dieses Programm enthält ein Bündel von Maßnahmen, die gegen eine Bundesregierung durchgesetzt werden müssen, die Umweltpolitik unter dem Motto versteht: „Tue möglichst wenig, aber rede viel darüber.“

Die SPD will, daß jetzt getan wird, was machbar ist: bleifreies Benzin und Entschwefelung der Kohlekraftwerke zum Beispiel. Wir müssen unsere Nachbarn in den anderen Ländern drängen, mitzumachen, denn verdreck-

te Flüsse und schmutzige Luft kennen keine Grenzen. Umweltschonende Technik muß angewendet und entwickelt werden. Neue Möglichkeiten, umweltfreundlicher „zu wirtschaften“, müssen erforscht werden. Der SPD-Politiker Volker Hauff: „Bei alledem dürfen wir nicht vergessen, das der Bau von umweltfreundlichen Autos, von Entschwefelungsanlagen und Filteranlagen auch dazu führen wird, daß unsere Industrie auf diesen Gebieten leistungsfähig und wettbewerbsfähig wird. Diese Oekoindustrie ist eine Zukunftsindustrie; und deswegen müssen wir versuchen, die Nase vorn zu haben. Das sind zukunftssichere Arbeitsplätze. Es ist richtig: Für uns gibt es keine Alternative zur Industriegesellschaft, aber es gibt Alternativen in ihr. Und von diesen Alternativen darf man nicht nur reden.“



„Alles halb so schlimm, ein Wald stirbt, ein anderer wächst nach.“

Gemeinderatswahl '84



Günther Klebermaß

Listenplatz 1

Persönliche Daten

36 Jahre, verheiratet, zwei Kinder
(Helga 11 und Martin 2)

Ausbildung

Elektrikerlehre, Hochschulreife,
Fachhochschule

Beruf

Diplomingenieur (FH)

für Kommunikationstechnik

- Zuständig für die Einführung neuer Vermittlungsanlagen in aller Welt. Auslandseinsätze in Italien, USA, Brasilien, Finnland, Österreich und Indien
- Mitarbeit bei der Weiterentwicklung des Kommunikationsnetzes in der Bundesrepublik Deutschland

In der SPD

1974 Beitritt zur SPD

seit 1976 Ortsvorsitzender in Eichenau

1977 – 1983 Vertreter des SPD-Kreisverbandes Fürstenfeldbruck

im Unterbezirk Amperland

Seit 1979 Mitglied im Landesausschuß

In der Gemeinde

- Gemeinderat und Verkehrsreferent
- Sprecher der SPD-Fraktion
- Mitglied in den Ausschüssen für Bau, Planung und Haushalt
- Verbandsrat im Abwasserverband Ampergruppe

Die gute alte Zeit:

Die hiesige Chausee-Ordnung Anno 1803: »Wer einen Baum mutwillig beschädigt, kommt ins Zuchthaus und wird auch nach Umständen zur öffentlichen Straßenarbeit an einen Schubkarren angeschlossen.«

Wenn ein Baum stirbt . . .

Weißtanne: Auffällig ist die Abflachung der Krone durch weniger »Längenwachstum« und mehr Seitenzweige. Die Krone sieht aus wie ein »Storchennest«.

Fichte: Grüne Ersatz- oder Angsttriebe finden sich im vorderen Astbereich. Ist die Schädigung schon älter, sehen die Äste aus wie »Hexenbesen«.

Buche: Es zeigen sich weniger Langtriebe, dafür mehr Kurztriebe. Manchmal treiben die Endknospen nicht mehr.

Pappeln/Erlen: Die Blätter wachsen nur noch an der windabgewandten Seite.



Gabi Riehl Listenplatz 2

Persönliche Daten

39 Jahre, verheiratet, drei Kinder
im Alter von 14 und 11 Jahren,
und 9 Monaten

Seit 1968 in Eichenau ansässig

Beruf

Nach dem Abitur 1963 in München
Studium an der Pädagogischen
Hochschule in München-Pasing,
Grundschullehrerin bis zur Geburt
des ersten Kindes.

Seitdem »nur« Hausfrau.

In der SPD

Mitglied seit 1970

seit 1978 im Gemeinderat, wo sie die
erste Jugendreferentin der Gemeinde
wurde.

Trotz oder gerade wegen ihrer drei
Kinder will sie sich auch weiter im
Gemeinderat engagieren, denn in dem
überschaubaren Rahmen der
Kommunalpolitik will sie versuchen
mitzuhelfen, ihre nächste Umgebung
lebens- und liebenswert zu erhalten
und zu gestalten.



Günther Schrettinger

Listenplatz 3

Persönliche Daten

36 Jahre, geboren in Eichenau
1952 – 1969 in München wohnhaft.

Seit 1969 wieder in der Eichenau,
Sandstraße 1.

Seit 1970 verheiratet.

3 Kinder (10, 8 und 1 ½ Jahre)

Beruf

Wirtschaftsaufbauschule und
Wirtschaftsgymnasium.

Von 1968 – 1973 Polizeiausbildung
und Polizeivollzugsdienst in München.

Seit 1973 Programmierer.

Politischer Werdegang

1977 Eintritt in die SPD.

1978 Kandidat auf der Gemeinderatsliste

Seit 1979 im SPD-Vorstand tätig.

Schulsozialarbeit in Eichenau

In Eichenau gibt es jetzt eine Sozialpädagogin, Frau Gudrun Scheringer (27), die für Eltern zur Verfügung steht, deren Kinder unsere beiden Schulen besuchen. Die beiden Direktoren, die meisten Lehrkräfte und der Elternbeirat an der Schule Mitte haben dieses zusätzliche Angebot der freien Jugendhilfe begrüßt, um bei einigen Familien die nötige Verbindung zwischen Elternhaus und Schule zu verbessern. Welche Eltern können nun auf Frau Scheringer zugehen? Wie sieht ihre Arbeit eigentlich aus?

Schulsozialarbeit sollte möglichst schon in den ersten Klassen beginnen. Bereits dort entwickeln sich einige Schüler zu »Negativfiguren«; sie werden von vielen Kindern in der Klasse abgelehnt. Hier gilt es, so schnell wie möglich nachzuforschen, wo diese Probleme ihren Ursprung haben.

Merken Eltern das von sich aus, so können sie sich an die Sozialpädagogin wenden oder Frau Scheringer zu sich einladen. Häufig werden sie sich auch an die Lehrkräfte wenden, die jedoch oft überfordert sind, einem Kind in ausreichendem Maße die positive Zuwendung zu geben, die gelegentlich von

Seiten der Eltern fehlt. Einzelne gelegentliche Gespräche zwischen einer Lehrkraft und einem – häufig beruflich überlasteten alleinerziehenden – Elternteil können manchmal schon Hilfe bringen. Diese Maßnahme reicht aber nicht immer aus. Es wäre schön, wenn dann der Lehrer in problematischeren Fällen Eltern empfehlen könnte, sich zu längerfristiger Beratung und Betreuung an die Schulsozialpädagogin zu wenden.

Meines Erachtens ist es deshalb so wichtig, so früh wie möglich Problemen auf den Grund zu gehen, damit Kinder nicht erst lernen, sich selbst aufzugeben und »negative Zuwendung« zu ersehen. Jedes Kind, das lieber schlecht auffällt, als keinerlei Beachtung oder positive Unterstützung zu erfahren, wird zum Störfaktor für seine Umwelt, verliert in der Schule die Lust am Lernen, sucht regelrecht die Bestrafung. Je länger ein solcher Zustand dauert, umso schwieriger ist es, ihn später, insbesondere in der Pubertät oder erst nach der Schulentlassung, zu korrigieren. Meist werden die aggressiven Äußerungen dieser jungen Menschen dann stärker beachtet, da sie der

Gesellschaft weh tun oder die Polizei sich darum kümmern muß. Umso erfreulicher war es für mich zu hören, daß Herr Landrat Grimm schon vor zwei Jahren – anlässlich eines Schülerelbstmordes und mehrerer -versuche – die Meinung geäußert haben soll, daß hier ein »entsprechend qualifiziertes Therapieteam zur Betreuung erziehungsschwieriger Jugendlicher« eingesetzt werden soll. Erst anzusetzen, wenn das Gefühl des Nicht-angenommen-seins zu Selbstmordversuchen oder ersten kriminellen Delikten führt, bedeutet jedoch, daß das Verfahren sehr lange dauern muß, um zu einem Erfolg zu kommen. Viel besser beginnt man mit der Hilfe prophylaktisch bei den ersten Anzeichen, und zwar durch eine Fachkraft am Ort. Für Eichenau kann sie den Familien die gewünschte Hilfe und Stabilisierung innerhalb der Gemeinde bringen.

Die Angst und Scheu vor der Schule ist bei manchen Eltern so groß, daß sie weder an Elternabenden teilnehmen, noch die Beratungsstellen in Fürstfeldbruck aufsuchen. Hier kann die Schulsozialpädagogin in vielen kontinuierlichen Gesprächen mit den Eltern bzw. den Familien wertvolle Hilfe bringen, denn gänzlich bedrohlich wird es häufig für ein Schulkind, das nur geliebt wird, wenn es die entsprechenden guten Leistungen in der Schule erbringt. Bedrohte Kinder können jedoch kaum noch motiviert und voll Freude in der Schule lernen, sie sind blockiert. Diese Zusammenhänge mit den Eltern zu erarbeiten, die das Angebot der Arbeiterwohlfahrt auf Empfehlung hin annehmen, wird mit die wichtigste Aufgabe der Schulsozialpädagogin sein. Dort, wo die Probleme tiefer liegen oder unzureichende Betreuungsmöglichkeiten vorhanden sind, kann die Sozialpädagogin die Eltern auf andere Hilfsange-

bote hinweisen und die Grundlage dafür schaffen, daß diese angenommen werden. Viele weitere Aufgaben können noch hinzukommen. Die Schulsozialpädagogin hätte – gerade aus meiner Sicht als Ortswaisenrätin – ein so weites Betätigungsfeld in Eichenau, daß ich es sehr schade fände, wenn aufgrund von Konkurrenzdenken nur alternativ beschlossen würde und Hilfe und Unterstützung für ihre Arbeit versagt bliebe.

Ina Wagner



Verantwortlich:
SPD-Ortsverein Eichenau, 1. Vorsitzender Günther Klebermaß
Fuchsbergstraße 11, Telefon 70536

Gemeinderatswahl '84



Bertram Fiedler

Listenplatz 4

Persönliche Daten

42 Jahre, verheiratet, drei Kinder
im Alter von 8 und 6 Jahren
und von 3 Monaten
Seit Ende 1977 in Eichenau wohnhaft

Beruf

Studium der Staats- und Rechtswissenschaften in Hamburg und München
Nach dem 2. Staatsexamen bis 1976
Staatsanwalt, seitdem Richter am
Landgericht

In der SPD

Mitglied seit 1969
In München (Kreisverband 10)
mehrere Jahre im Ortsvorstand und
Kreisvorstand der SPD und im
Kreisvorstand der Jungsozialisten
In Eichenau seit 1980 im Ortsvereins-
vorstand



Gabriele Kirner

Listenplatz 5

Persönliche Daten

37 Jahre, zwei Kinder (11 und 9 Jahre)
seit 1981 in Eichenau, vorher 8 Jahre
in Puchheim-Ort, geboren und
aufgewachsen in München

Beruf

Mittlere Reife
Sekretärin

In der SPD

Mitglied seit 1978
1979 – 1982 Vorsitzende der Arbeits-
gemeinschaft sozialdemokratischer
Frauen (ASF) Puchheim
1979 – 1981 Sprecherin der ASF im
SPD-Vorstand Puchheim
seit 1983 Beisitzerin im SPD-Vorstand
Eichenau



Hans Neuwirth

Listenplatz 6

Persönliche Daten

25 Jahre, ledig
seit 1968 in Eichenau
Fachabitur 1978
1978/79 Ableistung des Grundwehr-
dienstes
seit 1980 Student der Betriebswirt-
schaft an der Fachhochschule München

In der Gemeinde

aktiv und tätig in der Friedensinitiative
und in der Jugendarbeit
seit März d. J. Mitglied im Ortsverein
der SPD

Besondere Anliegen

- Sozialbereich
- Jugend
- Umweltschutz
- Ortsgestaltung

Rückblick

Gemeinderatsperiode 1978 – 1984

Am 5. März 1978 gab der Eichenauer Bürger mit der Wahl von **6 Gemeinderäten der SPD** das Mandat für eine wirkungsvolle Rathausarbeit auf Basis eines umfangreichen Wahlprogrammes.

Dieser Auftrag wurde am 13.7.1980 durch die Wahl von **Sebastian Niedermeier** zum **1. Bürgermeister** noch verstärkt.

Für die SPD arbeiten im Gemeinderat: **Günther Klebermaß** (Verkehrsreferent), **Helmut Kraft** (Ortsverschönerungsreferent bis 1980, dann Finanzreferent), **Sebastian Niedermeier** (Finanzreferent bis zur Wahl zum 1. Bürgermeister 1980), **Dr. Irene Osterkamp** (Ortsverschönerungsreferentin ab 1980), **Gabriele Riehl** (Jugendreferentin), **Alfred Tober** (3. Bürgermeister und Feuerwehrreferent bis 1982), **Marion Valentin** (seit 1980) und **Inamaria Wagner** (seit 1982, Ortswaisenrätin).

Die SPD-Fraktion führten Sebastian Niedermeier (78-80), Gabriele Riehl (80-82) und Günther Klebermaß (82-84).

Keine politische Kraft hatte die absolute Mehrheit im Gemeinderat. Deshalb war es Aufgabe der SPD-Fraktion und ihres Bürgermeisters, Anträge einzubringen und zu deren Verwirklichung Partner zu suchen. Dabei – wie auch bei der Behandlung von Anträgen der Verwaltung und der anderen Fraktionen – wurden weitgehend Kompromisse gesucht und dann gemeinsam getragen.

In einigen Fällen konnte Einigkeit in der Diskussion nicht erreicht werden – hier stimmte die SPD konsequent dagegen.

Eichen-Aue

Von der CSU und den Freien/Unabhängigen wurde 78 die Planung für die Bebauung der Eichen-Aue mit 19 Häusern in Angriff genommen.

Von der ersten öffentlichen Behandlung an stimmte die SPD gegen dieses Vorhaben, weil sie der Meinung war, daß die Eichen-Aue als Wahrzeichen der Gemeinde in ihrem urwüchsigen Zustand erhalten bleiben soll.

Das politische Handeln der SPD, das Wirken einer Bürgerinitiative und die fachlichen Einwendungen der übergeordneten Behörden brachten das Vorhaben in geplanter Form zu Fall.

Die **SPD beantragte** am 27.4.81, die **Eichen-Aue nicht zu bebauen und unter Naturschutz zu stellen**. Die konservative Mehrheit lehnte ab. Letztlich wurde ein Kompromiß erzielt, der nur mehr eine verdichtete Bebauung im nördlichen Teil vorsieht. Von großer Bedeutung war für die SPD die Einplanung von 6 Sozialwohnungen. Der allergrößte Teil des Geländes bleibt natürliche Erholungsfläche.

Sport- und Freizeitgebiet

Nachdem in den 70er Jahren die SPD bei der ersten Standortabwägung gegen den Standort Herbststraße/Winterstraße war und sich das Sport- und Freizeitgebiet viel besser am Badeweiher vorstellen konnte, wurden später durch Mehrheitsentscheidungen Fakten gesetzt. Es wurden Grundstücke gekauft, ein Bebauungsplan in Angriff genommen und Tennisplätze gebaut. Die geplante Anlage war wunderschön, jedoch viel zu teuer und darüberhinaus im geplanten Umfang eine nicht zumutbare Belästigung für die Anwohner.

Die **SPD betrieb** eine **starke Reduzierung** des Funktionsumfanges mit Verlagerung in andere Ortsteile. Das **Ziel**

war die **rasche Realisierung** der wichtigsten Funktionen (**Fußballplätze** und **Turnhalle**) bei Vermeidung von unzumutbarer Belästigung für die Anwohner.

Kostenloser Schwimmunterricht

Auf Antrag der **SPD** trägt die Gemeinde seit 1979 die Kosten für den Schwimmunterricht der Eichenauer Schulkinder (Bus und Eintritt).

Ausbau von Freizeitanlagen

Mit Anfragen versuchte die **SPD** 1979 den **Ausbau von Freizeitanlagen zu beschleunigen**. Inzwischen ist die Gesamtplanung für den Badeweiher fertig und der Weiher selbst erweitert; das Gebiet um den Weiher an der Walter-Schleich-Straße ist für Naherholung gestaltet worden.

Jugendarbeit

Auf Vorschlag der **SPD** wurde **Gabriele Riehl** zur **Jugendreferentin** gewählt. Sie nahm sich der Jugendprobleme ganz besonders an.

Bereits in der ersten Sitzung des Gemeinderates (12.5.78) beantragte die **SPD** die Bildung eines Jugend- und Sozialausschusses, damit die bestehenden Jugendprobleme verstärkt behandelt würden – die Mehrheit lehnte ab. Am 16.6.80 wurde ein **Jugendausschuß** gebildet.

Entsprechend den Wahlaussagen 78 wurde der Bau einer Jugendbegegnungsstätte 1980 in Angriff genommen. Nachdem der erste Versuch, das Jugendzentrum im Sport- und Freizeitgebiet zu planen, sehr bald einer besseren Einsicht weichen mußte, erfolgte der erste Spatenstich zum **Bau** unseres heutigen **Jugendzentrums** am 27.5.1980.

Das Jugendzentrum kostete 1,1 Mio.

DM und ist seit 1981 in Benutzung. Immer wieder tauchten Schwierigkeiten mit den Jugendlichen auf. Sie konnten mit ausgewogenen Maßnahmen bewältigt werden. Selbst die sehr bedauernde Brandlegung im letzten Jahr führte auf Betreiben der SPD nicht zur dauernden Schließung, sondern zur Weiterführung unter geänderten Bedingungen.

Die **SPD** beantragte am 23.6.78 die **Einstellung** eines **Sozialarbeiters** bei der Gemeinde. Die CSU und die Freien/Unabhängigen lehnten ab. Heute arbeiten zwei Sozialarbeiter der Gemeinde zur Zufriedenheit im Jugendzentrum.

MVV-Buslinie

Am 25.1.79 brachte die **SPD** erstmals die Planung für die MVV-Buslinie auf den Tisch. Es konnte erreicht werden, daß Eichenau nicht nur von der Puchheimer Linie am Rande berührt wird, sondern eine **Ortslinie zum eigenen S-Bahnhof** erhielt. Den weitergehenden Vorstellungen, über eine Ringlinie die Fahrtenhäufigkeit zu erhöhen und auch die dicht besiedelten Gebiete im Westen besser anzubinden, folgte zwar der Gemeinderat, aber nicht der MVV. Der MVV-Bus fährt seit 1980.

Bahnübergang

Mit der **SPD** war sich der Gemeinderat einig, daß die Bahnschranke zur Vermeidung weiteren Durchgangsverkehres im Moment möglichst nicht und später einmal nur durch eine **Unterführung** ersetzt werden dürfe.

Promenade an der Roggensteiner Allee-West

Am 23.2.79 beantragte die **SPD** die Einrichtung einer **verkehrsberuhigten Zone** in der Roggensteiner Allee-West.

Der Antrag floß in die Generalstraßenplanung ein, die heute leider noch nicht abgeschlossen ist.

Verkehrsberuhigung in Wohngebieten

Als erste politische Kraft beantragte die **SPD** bereits am 1.3.80, daß eine **Gesamtplanung für Verkehrsberuhigung in Eichenau** erstellt werden soll. Diese ist gerade im Entstehen. Ein erster praktischer Schritt erfolgte 1982: ein Teil der Wettersteinstraße wurde verkehrsberuhigt ausgebaut.

Niblerstraße-Ost

Auf Antrag der **SPD** beschloß der Gemeinderat in **öffentlicher** Sitzung einstimmig, die Niblerstraße-Ost als **verkehrsberuhigte Straße** zu planen. In der darauffolgenden **nichtöffentlichen** Sitzung drehten die Konservativen (CSU, FDP, FWE, U) das Ergebnis um: eine Straße mit **6 m Fahrbahn** wurde gebaut. **Verstehen Sie das?**

Erweiterung – Schule an der Parkstraße

1982 wurde der Schulanbau an der Parkstraße fertig. Das Bauvorhaben wurde bereits 1977 durch die **SPD** angestoßen. Mit mehr als 10 neuen Schulräumen ist **Eichenau nun gut mit Schulraum versorgt**. Die Kosten betragen 4,5 Mio. DM.

Schulsozialarbeit

Aufgrund der **Initiative** des **SPD-Bürgermeisters** bemühte sich die Gemeinde um die Durchführung eines Modellversuches zur Schulsozialarbeit. Im Jugendausschuß noch einstimmig beschlossen, lehnte eine konservative Mehrheit im Gemeinderat die Bereitstellung eines Raumes ab. Zum

Glück kann der Förderverein für Schulsozialarbeit seinen Modellversuch **jetzt im evangelischen Freizeithaus** durchführen.

Keine ABC-Waffen in Eichenau

Die **SPD** beantragte am 28.11.83, daß **Eichenau** vom Transport und von der Lagerung **von ABC-Waffen freigehalten** wird. Die konservative Mehrheit lehnte die Behandlung des Antrages ab.

Bleifreies Benzin

Bereits am 11.11.83 beschloß die Gemeinde Eichenau aufgrund eines Antrages der **SPD**, die **vorzeitige Errichtung von Zapfstellen** für bleifreies Benzin zu fördern.

Kein Streusalz für den normalen Winterdienst

Mit mehreren Anträgen und Anfragen seit 81 konnte die **SPD** erreichen, daß die Anlieger und das Straßenbauamt zum **weitgehenden Verzicht auf Salz** aufgefordert werden und die Gemeinde selbst Salz im Winterdienst nur mehr in Gefahrensituationen einsetzt. Doch – der Verkehr muß sicher bleiben. Deshalb wird jetzt **mehr geräumt** und **mehr Split** gestreut.

Das Bürgerhaus: ESV-Halle

Bereits im März 81 beantragte die **SPD**, die Eigentumsverhältnisse zu klären, die **ESV-Halle gründlich zu sanieren** und zu einem Bürgerzentrum auszubauen. 1982 konnte die Gemeinde die ESV-Halle für 600 000 DM **erwerben**. Eine Planung zur Gesamt-sanierung und Erweiterung wurde in Auftrag gegeben. Die Kosten werden ca. 4,2 Mio. DM betragen; eine Realisierung in 4 Abschnitten ist möglich.

Haushalt und Finanzen

Während der gesamten Periode hat die **SPD** darauf geachtet, daß die Gemeinde solide dasteht. Die **Steuersätze** sind **niedrig** und die Pro-Kopf **Verschuldung** mit DM 550,- **weit unter dem Landesdurchschnitt**. Trotzdem konnten in den letzten 4 Jahren ca. **12 Mio. DM investiert** werden.

Eine Straße für Hans Wirner

Auf Antrag der **SPD** wurde die Straße am S-Bahn-Parkplatz Hans Wirner gewidmet. Er war der erste Bürgermeister nach dem Kriege und hatte sich ganz besonders für die Flüchtlinge eingesetzt.

Altenwohnungen in Eichenau

Ein wichtiger Punkt aus der Wahlwerbung 78 der **SPD** wird wahr: ein **Seniorenzentrum** mit Altenbegegnungsstätte wird in der **Ortsmitte** geschaffen.

Daß damit der Bedarf an altengerechten Wohnungen bei weitem noch nicht gedeckt ist, machte die **SPD** am 25.3.83 sehr deutlich klar. Sie setzte sich für die finanzielle **Förderung** der geplanten **evangelischen Altenwohnanlage** in den Jahren 85/86 ein.

Seniorenbeirat

Am 22.4.79 beantragte die **SPD**, einen Seniorenbeirat zu bilden. Die älteren Bürger sollten bei der Gestaltung des Ortes im Bereich der Altenhilfe mitwirken. Der Antrag fand keine Mehrheit.

Sozialer Wohnungs- und Hausbau

Die **SPD** stellte am 22.1.82 einen **Antrag zur Verbesserung der Wohnraumsituation in Eichenau**.

Zunächst wurde die Verwaltung gebeten, einen umfangreichen Fragenkatalog der SPD zu bearbeiten und zu beantworten. Der Bürgermeister nahm im Mai 83 dazu Stellung:

In den letzten Jahren war der soziale Wohnungsbau in Eichenau zum Erliegen gekommen. Objekte auf dem freien Markt in Eichenau kann heute kaum mehr jemand bezahlen, der Bedarf an Wohnraum zu erschwinglichen Preisen jedoch steigt. Insbesondere für die Kinder und Enkel unserer Bürger muß erschwingliches Bauland bereitgestellt werden. Die **Gemeinde** kann durch geeignete Planung und Boden-

politik **günstiges Bauland** schaffen und für die Vergabe nach sozialen Kriterien sorgen. Sie kann in begrenztem Rahmen den **sozialen Wohnungsbau fördern und auch selbst betreiben**.

Ein **erster konkreter Schritt** ist schon in Sicht. Am Bahnhof sollen für etwa **30 Eichenauer Familien Reihen- und Mehrfamilienhäuser** gebaut werden. Eine Wohneinheit soll **nicht mehr als 250000 Mark** kosten. Dies kann durch Bereitstellung von günstigem Bauland im Erbbaurecht erreicht werden. Hierfür ist ein umfangreicher Grundstückstausch nötig. Dazu kommen kostengünstige Bauweisen, Eigenleistungen der Bewerber sowie Förderung durch den Freistaat. Trotz günstiger Preise muß die Qualität gesichert sein – darauf wird die Gemeinde achten.

Liebe Eichenauer Bürgerinnen und Bürger!

Immer direkter über das politische Geschehen in Gemeinde, Land und Bund informiert zu werden, ja sogar in angemessenem Rahmen zwischen den Wahlen mitzubestimmen! Dies können Sie in der SPD – wir treffen uns monatlich! Freilich – wir sind in keiner unserer Volksvertretungen so stark vertreten, wie wir es bräuchten. Deshalb brauchen wir SIE – damit einer mehr am Strick in die richtige Richtung zieht. Kommen Sie zu uns, informieren Sie sich. Telefonieren Sie oder schreiben Sie einem Ihnen bekannten SPD-Mitglied oder mir.

G. Klebermaß

Ich will mich über die SPD informieren:

Name: _____ Tel.: _____

Adresse: _____

Verantwortlich: SPD-Ortsverein Eichenau, 1. Vorsitzender Günther Klebermaß, Fuchsbergstraße 11, Telefon 70536

Gemeinderatswahl 1984



Rosemarie Grützner

Listenplatz 7

Persönliche Daten

33 Jahre, verheiratet,
3 Kinder (7, 5, 3 Jahre)
seit 1974 wohnhaft in Eichenau

Beruf

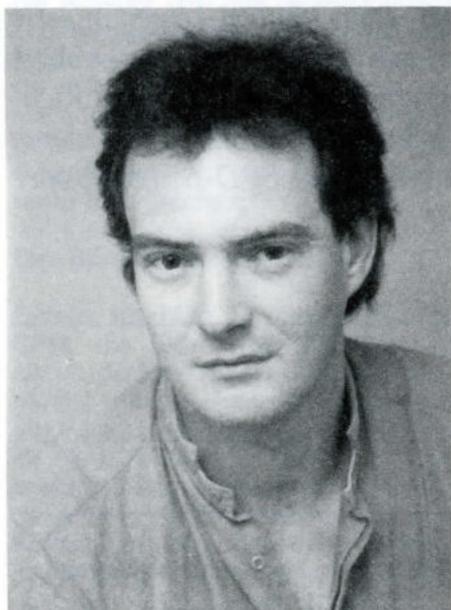
Diplomfinanzwirt (FH)
seit 1978 als Steuerbevollmächtigte
freiberuflich tätig

In der SPD

Mitglied seit Sept. 1982
Juso-Vorstandsmitglied seit 1983

Arbeitsschwerpunkte

Jugend- und Sozialbereich
Kommunales Haushaltswesen



Alfred Welte

Listenplatz 8

Persönliche Daten

29 Jahre, verheiratet,
seit 1979 in Eichenau wohnhaft,
Hauptstraße 44

Beruf

Volksschule
Produktionsassistent (Filmbranche)

In der SPD

Mitglied seit April 1983
Vorstandssprecher der Jungsozialisten
seit September 1983

Besondere Anliegen

Umwelt
Verkehr



Gertrud Schröder-Heinrich

Listenplatz 9

Persönliche Daten

34 Jahre, verheiratet, drei Kinder
im Alter von 1, 2 und 13 Jahren
seit Ende 1982 in Eichenau,
vorher in Fürstenfeldbruck

Beruf

Grundschullehrerin
z. Z. beurlaubt für die eigenen Kinder,
jetzt als Hausfrau engagiert für Mütter-
und Kinder-Anliegen

Politischer Werdegang

Mitglied in der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft seit 1971
1975 – 82 Mitglied im Kreisvorstand
der GEW
1978 – 82 Mitglied im DGB-Kreisvor-
stand Amper/Lech
2 1/2 Jahre Personalrätin beim
Staatl. Schulamt FFB
Eintritt in die SPD 1983

Besondere Anliegen

Kinder- und familienfreundliche
Ortsgestaltung
Förderung der Schulsozialarbeit
Verbesserung der Zusammenarbeit
zwischen Jugendzentrum und
Gemeinderat



Richard Schwarz

Listenplatz 10

Persönliche Daten

44 Jahre, 3 Kinder (14, 11, 4 Jahre)
seit 1973 in Eichenau,
geboren und aufgewachsen in
München
Wehrersatzdienst 62/63 in Tübingen

Beruf

Maschinenschlosser
Betriebsratsvorsitzender 1970 – 1978
Gewerkschaftssekretär seit Dez. 1978

In der SPD

Mitglied seit 1969
seit mehreren Jahren stellvertr.
Ortsvorsitzender und Kreisdelegierter

Besondere Anliegen

Soziales,
z. B. stellvertr. Vorsitzender der AW,
aktive Mitarbeit im ehem. Kinderspiel-
platzförderverein;
Bürgernahe Verwaltung,
z. B. Rechtssicherheit, Information der
Bürger über ihre Rechte und Pflichten,
Übersichtliche Finanzpolitik

Der Kommentar

Die CSU hat abgewirtschaftet: Nicht nur bei den Wählern, nein, auch bei den eigenen Mitgliedern und Mandatsträgern kommt Unwillen auf. Die Einmann-De-mokratie von FJS will man nicht mehr länger hinnehmen. Auf Parteitagten sich ein 3-stündiges Referat anhören und dann ohne Diskussion einem Programm zu-zustimmen, ist nicht einmal in der CSU jedermanns Sache. Die Folge sind Partei-austritte im ganzen Lande. Auch in Eichenau gab es solche Erschütterungen.

Da hilft dann auch nicht mehr eine Flut von »grimmigen« Plakaten, mit denen die CSU seit Jahreswende unseren Ort versandelt. Es wird auch nicht gelin-gen, über eine Junge-Union-Liste den Vertrauensschwund zu stoppen. Kommt nicht hier gerade auch dieser Bruch in der Union ans Licht?

Die FDP ist eine seit den Wendemanövern bedeutungslos gewordene Partei, der es nicht einmal mehr gelingt, eine Gemeinderatsliste mit eigenen Leuten aufzu-stellen. Eine Listenverbindung zwischen SPD und FDP wie 78 wird es nicht mehr geben, hat doch der sozialliberale Gemeinderat Mettin seine Partei längst schon verlassen.

Und die Freien und Unabhängigen Wählergruppen? 40 Köpfchen lachen einem aus ihrem letzten Blatt entgegen. Köpfchen wird dabei vom Wähler verlangt. Aber das eigene Köpfchen hat wohl nur für 1 Programm für 2 Listen gereicht. Neidisch schauen sie auf die Parteien, in denen sich auch junge Menschen poli-tisch betätigen. Es trifft sie schwer, daß in einer (kleinen) Großgemeinde, wo nicht mehr jeder jeden kennt wie vor 27 Jahren, der Bürger vielmehr dem Sach-verstand und der Einbindung von Politikern aus Parteien in die Bundes- und Landespolitik vertraut, statt sogenannten »Freien« und »Unabhängigen« oder man könnte auch sagen »Undurchschaubaren« und »Hüh und Hott Sagenden« sich anzuvertrauen.

Auch die SPD weiß, daß mit der Wahl von 20 ihrer Kandidaten in den Gemein-de-rat, Eichenau nicht zum Schlaraffenland würde. Nein, aber die SPD kann zu-recht von sich behaupten, daß sie in den letzten Jahren Eichenau ein gutes Stück vorangebracht hat, daß sie zu jeder Kommunalwahl neben erfahrenen Mandats-trägern eine Reihe von hochqualifizierten Kandidaten mit neuen Ideen anbieten kann und daß sie für den Bürger klar und berechenbar bleibt. Die SPD weiß auch, daß sie im Gemeinderat keinen dauerhaften Partner finden wird – sie bleibt die einzige Alternative in der anpasserischen und konservativen Polit-Landschaft in Eichenau.

Ihr Nachbar

Hallo Nachbarn



Ortsverein Eichenau

März 1984

Nummer 34

Gemeinderatswahl 1984

Ein Programm für Eichenau

Am 18. März stellt sich die SPD mit einem umfangreichen Arbeitsprogramm wieder zur Wahl. Folgende Personen bewerben sich für die SPD um einen Sitz im Rathaus:

- | | |
|------------------------------|--------------------------|
| 1. Günther Klebermaß | 2. Gabi Riehl |
| 3. Günther Schrettinger | 4. Bertram Fiedler |
| 5. Gabriele Kirner-Bammes | 6. Hans Neuwirth |
| 7. Rosemarie Grützner | 8. Alfred Welte |
| 9. Gertrud Schröder-Heinrich | 10. Richard Schwarz |
| 11. Dr. Michael Gumtau | 12. Hermann Willenbrock |
| 13. Konstanze Riehl | 14. Anton Prohaska |
| 15. Gertrud Krönninger | 16. Thomas Meyer-Fries |
| 17. Hilde Thimm | 18. Lilly Feichtenbeiner |
| 19. Barbara Thierfelder | 20. Michael Mieslinger |

Unser Sachprogramm ist in den wichtigsten Aussagen auf den folgenden Seiten abgedruckt. Das Gesamtprogramm können Sie auf Anfrage jederzeit von uns erhalten.

1. Ortsplanung

Für die Erhaltung und die Erhöhung der Leistungskraft unserer Gemeinde ist eine umfassende Planung nötig. Im neu zu erstellenden Ortsentwicklungsplan müssen die vielfältigen gemeindlichen Arbeitsbereiche Eingang finden.

- Der Siedlungs- und Grüncharakter der Gemeinde muß beibehalten werden.
- Eine abwechslungsreiche und nicht zu dichte Bebauung wird gefördert.
- Die Beteiligung der Bürger an der Planung ist zu fördern und sicherzustellen.
- Mit Nachbargemeinden sollen soweit wie möglich Maschinen gemeinsam gekauft und benutzt werden.

2. Wohnungsbau in Eichenau

Für den ungebundenen Wohnungsbau stehen in erster Linie im Innenbereich Flächen zur Verfügung. Schaffung von neuem Wohnraum für Einheimische sowie sozialer Wohnungsbau ist ein vorrangiges Ziel in unserer Rathausarbeit. Dazu ist erforderlich:

- Ausweisung von neuem Bauland in begrenztem Umfang
- Bereitstellung von gemeindlichen Grundstücken
- Errichtung von gemeindlichen Sozialwohnungen
- Unterstützung kostengünstiger Bauweisen

3. Unsere Umwelt

Das politische Handeln in allen Bereichen erfordert ein bewußteres Verhältnis zu unserer Umwelt.

- Die Emission von Schadstoffen muß durch geeignete Maßnahmen so gering wie möglich gehalten werden.
- Eine Förderung des Fahrradverkehrs soll durch Errichtung von mehr Radwegen und Radständern erfolgen.
- Die Hochwasserfreilegung soll im wesentlichen die Säuberung und Freilegung der bestehenden Gräben umfassen.
- Der Baumbestand ist in Art und Umfang zu erhalten.
- Gegen unzumutbare Lärmbelästigung durch Gewerbe, Verkehr und Flugverkehr sind geeignete Schritte zu unternehmen.
- Die Verwendung von Salz im Winterdienst soll weitgehend vermieden werden.

4. Soziales

Das Ziel kommunaler Sozialpolitik muß es sein, soziale Verantwortung gegenüber benachteiligten Bürger zu praktizieren und ein solidarisches Miteinander zu fördern.

- Um der Sozialpolitik mehr Gewicht zu verleihen, soll ein Sozialausschuß gebildet werden.
- Selbsthilfe und Selbstorganisation von Arbeitslosen, Behinderten, Ausländern etc. werden unterstützt.
- Ein Seniorenbeirat soll gebildet werden.
- Der Bau weiterer Altenwohnungen (z. B. bei der evangelischen Kirche) wird gefördert.
- Ein ausreichendes personelles Angebot im Jugendzentrum soll erhalten bleiben.
- Auch Kinder, Jugendliche und junge Mitbürger sollen in gemeindlichen Angelegenheiten informiert und gehört werden.
- Behinderte sind so weit wie möglich in allen Lebensbereichen zu integrieren.
- In Eichenau soll eine psychiatrische Beratungsstelle und eine Schwangerenberatung eingeführt werden.

5. Verkehr

Eine sinnvolle Verkehrs- und Straßenplanung hat der Steigerung der Wohnqualität zu dienen und dem Umwelt- und Naturschutz Rechnung zu tragen. Der öffentliche Personennahverkehr sowie der Fahrradverkehr werden deshalb besonders gefördert. Grün statt grau soll verstärkt das Motto beim Straßenbau lauten.

- Das Platzangebot in der MVV-Ortslinie und in der S 4 muß verbessert werden.
- Am S-Bahnhof sollen mehr Fahrradständer und eine Bahnsteigüberdachung geschaffen werden.
- In der überregionalen Verkehrsplanung ist eine rasche und wirkungsvolle Entlastung Eichenaus vom Durchgangsverkehr anzustreben.
- Bevorzugt als Appell an die Vernunft soll Tempo 30 in ganz Eichenau eingeführt werden.
- Anliegerstraßen sollen verkehrsberuhigt gestaltet werden.
- Sammel- und Ortsverbindungsstraßen sollen durch geeignete Maßnahmen (z. B. Fahrbahnversätze) entschärft werden.
- Die Sicherung der Schulwege muß durch Gehwegbau und Markierungen noch verbessert werden.
- Erst nach überörtlicher Entlastung soll die Bahnschranke durch eine Unterführung ersetzt werden.
- Bei der Neugestaltung der Haupt- und Schillerstraße ist zu beachten: Fahrbahnbreite verringern, Lärmschutzbelag aufbringen, Parken nur in Parkbuchten, Halteverbot, damit Radfahrer nicht laufend die Spur wechseln müssen.
- Von 22.00 – 6.00 Uhr soll die Staatsstraße für LKW gesperrt werden.

6. Finanzen

Hohe Investitionen und Erhöhung der laufenden Ausgaben sind erforderlich, um den vielfältigen berechtigten Interessen unserer Bürger gerecht zu werden.

- Große Summen können durch Verzicht auf überzogene Projekte eingespart werden.
- Die Finanzzuweisungen von Land und Bund, sowie die Umlage an den Kreis müssen im angemessenen Verhältnis zur Aufgabenteilung stehen.
- Die Steuerhebesätze und die Verschuldung sind in Eichenau ziemlich niedrig. Für eine maßvolle Erhöhung der Steuern und Kreditaufnahme sehen wir noch Spielraum.

7. Sport und Erholung

Sport und Erholung haben in einer Wohngemeinde besonders hohe Bedeutung für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bürger.

- Der ursprünglich geplante Funktionsumfang des Sport- und Freizeitgebietes ist stark zu reduzieren; auf Lärmschutz und günstige Verkehrsverteilung ist zu achten. Eine Dreifach-Turnhalle und Rasenspielfelder sollen so bald wie möglich zur Tennisanlage dazukommen. Hauptsächlich für Kinder soll eine Fahrradgeländebahn gebaut werden.
- Sport- und Freizeiteinrichtungen (z. B. Badeweiher) sind auch für ältere und behinderte Mitbürger benützbar zu machen.
- Die Eichen-Aue soll ein natürliches Spaziergängergebiet bleiben.
- Einige unbebaute Grundstücke sowie am Wochenende ein Teil des S-Bahn-Parkplatzes sind als Spielflächen für Kinder auszuweisen.

8. Kultur und Bildung

Kultur und Bildung sind von hoher Bedeutung für die Selbstverwirklichung unserer Bürger.

- Die gemeindeeigene Friesenhalle (ESV-Halle) soll saniert und zum Bürgerhaus umgebaut werden. Wie schon jetzt soll ein Saal mit Bühne für kulturelle, gesellschaftliche und politische Veranstaltungen den Kern des Gebäudes bilden. Neu hinzukommen sollen eine Kegelbahn und weitere Vereinsräume.
- Die Kulturwoche sowie kulturelle Einzelveranstaltungen sollen neben Kunst von außen den Eichenauer Kulturschaffenden ein Forum und der Bevölkerung ein breites Angebot zum Mitmachen bieten.
- Der Vorplatz des Rathauses soll einen Brunnen erhalten.
- Zur Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen soll eine Städtepartnerschaft mit einer Gemeinde der Deutschen Demokratischen Republik eingegangen werden.
- Die Kindergärten und Schulen sind weiterhin großzügig zu unterstützen.
- Durch Schulsozialarbeit soll bereits dem Grund- und Hauptschüler und seinen Eltern eine Bezugsperson angeboten werden, die nicht gleichzeitig Notengebende ist: Dieser Schulsozialarbeiter kann in viel größerem Maße pädagogische und therapeutische Arbeit nicht nur im schulischen sondern auch im Freizeitbereich leisten. Dies wollen wir fördern.
- Die Hausaufgabenhilfe ist besonders zu unterstützen.
- In der Bildungsarbeit für Erwachsene, besonders aber für Kinder und Jugendliche, soll die Gemeinde alle ihre Möglichkeiten nutzen, um eine Erziehung zum Frieden zu fördern.

9. Bürger und Verwaltung

- Der Bürger soll weiterhin über alle wesentlichen Belange des gemeindlichen Lebens rechtzeitig und umfassend informiert werden. Bürgerversammlungen zu Einzelthemen und zur Information der Neubürger sollen zur allgemeinen Bürgerversammlung hinzukommen.
- Die Beteiligung der Bürger an Planungen ist vermehrt anzustreben und zu fördern.
- Die Verwaltung hat dem Gemeinwohl zu dienen. Die Gemeinde insgesamt hat dem Bürger Schutz und Hilfestellung zu leisten.

10. Handel und Gewerbe

- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind Eichenauer Unternehmen besonders zu berücksichtigen.
- Das Gewerbegebiet ist für ortsansässige Gewerbetreibende und umweltfreundliche Betriebe gedacht. Bei Bedarf wird das entstehende Gewerbegebiet vergrößert werden.
- Ausbildungsbetriebe sollen besonders gefördert und unterstützt werden.



An die Bürgerinnen und Bürger
unserer Gemeinde Eichenau

Am 18. März 1984 treten Sie an die Wahlurnen. Sie haben die verantwortungsvolle Aufgabe, einen neuen Gemeinderat zu wählen.

In enger sachlicher Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat sind in den letzten 6 Jahren viele gemeindliche Aufgaben gelöst bzw. angepackt worden.

Bau des Jugendzentrums, Schulbau, Schulsanierung, Kauf der Friesenhalle, Blumen in den Anlagen, Errichtung des Bauhofes, Realisierung des Gewerbegebietes, Rationalisierungsmaßnahmen in der Verwaltung, Beteiligung an der Altenwohnanlage mit Begegnungsstätte, Linderung der Raumnot und finanzielle Unterstützung der Vereine. Die Planungen für das Sport- und Freizeitgebiet und für die Friesenhalle sind weiter vorangeschritten. Wichtige Verhandlungen für Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus und Bauland für Einheimische wurden bereits geführt.

Die SPD-Fraktion war für mich eine wichtige Stütze. Sie leistete einen entscheidenden Beitrag für die Lösung der geschilderten Aufgaben. Unser Wahlprogramm von 1978 – 1984 haben wir erfüllt.

Schwerpunkte für die Zeit von 1984 – 1990 sind: Der soziale Wohnungsbau und Bauland für Einheimische, Verkehrsberuhigung, Umweltschutz, die Realisierung des Sport- und Freizeitgebietes sowie die Sanierung der Friesenhalle.

Für mich als Sozialdemokraten ist es wichtig, mit einer starken SPD-Fraktion arbeiten zu können.

Deshalb bitte ich Sie, unterstützen Sie uns durch Ihre Stimme zum Wohle unserer Gemeinde. Wählen Sie die SPD-Kandidaten.

Ihr

Sebastian Niedermeier
1. Bürgermeister

Hallo Nachbarn



Ortsverein Eichenau

März 1984

Nummer 35



An die Bürgerinnen und Bürger
unserer Gemeinde Eichenau

Am 18. März 1984 haben Sie die Aufgabe, einen neuen Gemeinderat zu wählen.

Der Ortsverein der SPD hat ein umfangreiches Sachprogramm für die nächsten 6 Jahren erarbeitet und Ihnen zur Kenntnis gebracht. Der Ortsverein der SPD hat des weiteren 20 Damen und Herren mit viel Erfahrung und kommunalpolitischem Sachverstand, aber auch mit neuen Ideen als Kandidaten für die Gemeinderatswahl nominiert.

Für mich als Sozialdemokraten ist es wichtig, mit einer starken SPD-Fraktion arbeiten zu können.

Deshalb bitte ich Sie, unterstützen Sie uns durch Ihre Stimme zum Wohle unserer Gemeinde. Wählen Sie die Kandidaten der SPD.

Ihr

A handwritten signature in black ink, which reads "Sebastian Niedermeier".

Sebastian Niedermeier
1. Bürgermeister

Unser ausführliches Sachprogramm haben wir Ihnen in den letzten Wochen dargestellt. Bei Bedarf können Sie jederzeit noch Exemplare anfordern.

Die heutige Vorstellung aller unserer Kandidaten verbinden wir deshalb mit unseren

Leitgedanken zur Gemeinderatsarbeit

Wir Sozialdemokraten wollen, daß sich die Bürger in Eichenau wohlfühlen.

Kommunale Selbstverwaltung und ständige Mitwirkung der Bürger betrachten wir als Kernpunkte der Demokratie.

In unseren Mitbewerbern – von der CSU über die FDP bis zu den Wählergruppen – sehen wir Vertreter im wesentlichen einer konservativ orientierten Politik.

Wir Sozialdemokraten wollen uns dafür einsetzen, unseren Ort als liebenswerten Bereich zu erhalten und auszubauen.

Unser politisches Handeln orientiert sich an folgenden übergeordneten Gesichtspunkten:

1. Frieden unseres Volkes mit anderen Völkern
2. Bewußteres Verhältnis zu unserer Umwelt
3. Sozialer Ausgleich zwischen den verschiedenen Schichten unserer Gesellschaft



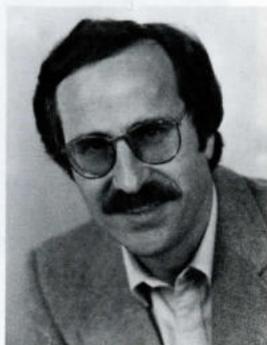
Listenplatz 1
Günther Klebermaß (36)
Dipl.-Ing. (FH)
für Kommunikationstechnik
Gemeinderat
Fuchsbergstraße 11
Telefon 7 05 36

Listenplatz 2
Gabi Riehl (39)
Hausfrau
Gemeinderätin
Lavendelweg 2
Telefon 87 75



Listenplatz 3
Günther Schrettinger (36)
Programmierer
Sandstraße 1
Telefon 7 01 67

Listenplatz 4
Bertram Fiedler (42)
Richter am Landgericht
Bärenweg 2
Telefon 87 03





Listenplatz 5

Gabriele Kirner-Bammes (37)

Sekretärin

Sonnenstraße 3

Telefon 7 24 72

Listenplatz 6

Hans Neuwirth (25)

Student (Betriebswirtschaft)

Pfefferminzstraße 29

Telefon 7 15 92



Listenplatz 7

Rosemarie Grützner (33)

Dipl.-Finanzwirt (FH)

Roggensteiner Allee 202

Telefon 75 25

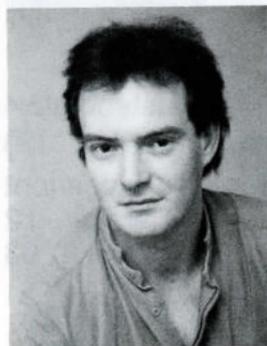
Listenplatz 8

Alfred Welte (29)

Produktionsassistent

Hauptstraße 44

Telefon 7 21 47





Listenplatz 9

**Gertrud
Schröder-Heinrich (34)**

Grundschullehrerin (z. Z. beurlaubt)
Friesenstraße 31
Telefon 7 28 55

Listenplatz 10
Richard Schwarz (44)

Gewerkschaftssekretär
Hauptstraße 18
Telefon 75 07



Listenplatz 11

Dr. Michael Gumtau (39)

Lehrer am Gymnasium Olching
Schillerstraße 2 b
Telefon 7 13 70

Listenplatz 12
Hermann Willenbrock (47)

EDV-Softwarespezialist
Pappelstraße 1 c
Telefon 85 74





Listenplatz 13

Konstanze Riehl (21)

Studentin (Engl., Franz., Geschichte)

Pfefferminzstraße 11

Telefon 7833

Listenplatz 14
Anton Prohaska (26)

Student (Jura)

Schillerstraße 22

Telefon 72381



Listenplatz 15

Gertrud Krönninger (60)

Hausfrau

Ahornstraße 12

Telefon 8973

Listenplatz 16
Thomas Meyer-Fries (34)

Gewerkschaftssekretär

Goethestraße 4

Telefon 71741





Listenplatz 17
Hilde Thimm (53)

Hausfrau
Aurikelweg 2
Telefon 8955

Listenplatz 18
Lilly Feichtenbeiner (46)

Versicherungskaufmann
Zugspitzstraße 9
Telefon 72709



Listenplatz 19
Barbara Thierfelder (48)

Bewegungstherapeutin
Birkenhain 5
Telefon 8768

Listenplatz 20
Michael Mieslinger (35)

Hauptschullehrer in Eichenau
Eichendorffstraße 9
Telefon 8844



Unsere Hinweise zur Gemeinderatswahl

1. Briefwahl, wenn erforderlich.

Falls Sie wegen Krankheit oder Gebrechlichkeit oder einfach wegen Abwesenheit vom Wohnort am 18. März nicht Ihr Wahllokal aufsuchen können, bitten wir Sie, per Briefwahl zu wählen.

2. SPD – Keine Listenverbindung mit FDP.

Anders als 1978 besteht diesmal zwischen SPD und FDP keine Listenverbindung weil die politische Übereinstimmung in weiten Teilen nicht mehr gegeben ist. Wenn die FDP diesmal ca. 5 % Wählerstimmen für einen Sitz im Gemeinderat nicht erhält, kommen die abgegebenen FDP-Stimmen weitgehend den Konservativen zugute. Deshalb, keine Stimme verschenken – SPD wählen!

3. Liste 2 – Sozialdemokraten

Auch wenn Sie von Ihrem Recht Gebrauch machen und Häufeln oder Panaschieren, kreuzen Sie bitte grundsätzlich Liste 2 – SPD an, damit keine der Reststimmen verloren geht. Vergeben Sie nicht mehr als 20 Stimmen bei der Gemeinderatswahl an verschiedene Kandidaten und kreuzen Sie nur eine Liste an, dann ist ihr Stimmzettel bestimmt gültig.

4. Häufeln (Kumulieren)

3

Name des Kandidaten

Sie können einzelne Kandidaten auf der Liste bevorzugen und ihnen bis zu 3 Stimmen geben. Schreiben Sie in das Kästchen vor den Namen des Kandidaten eine 2 oder 3; die Summe darf 20 nicht überschreiten.

5. Panaschieren – Kandidaten aus mehreren Parteien wählen

Sie können, wenn Sie es wollen, trotzdem Sie SPD ankreuzen, auch an Kandidaten anderer Parteien Einzelstimmen (bis zu 3) vergeben. Genauso können Sie, wenn Sie die SPD als Liste nicht wählen wollen, einzelnen unserer Kandidaten bis zu 3 Stimmen geben.

**Am einfachsten und sichersten
Nur ein Kreuz**



SPD-Liste 2

Hallo Nachbarn

The logo for the SPD (Social Democratic Party) consists of the letters "SPD" in a bold, white, sans-serif font, centered within a solid orange square.

Ortsverein Eichenau

April 1984

Nummer 36

KOMMUNALWAHL 1984

Nach kurzem Wahlkampf fanden am 18.03. die Wahlen zum Gemeinderat und Kreistag statt. Die Auseinandersetzung wurde in der Regel sachlich, aber hart geführt. Lediglich die CSU schoß mit ihren unqualifizierten Angriffen gegen die SPD in Sachen "Schulsozialarbeit" weit übers Ziel hinaus. Dafür haben Sie der CSU eine Quittung erteilt.

Ergebnis der Gemeinderatswahl

Gruppe	Stimmen	Prozent	Veränderung	Sitze
CSU	29 851	35,0	- 3,6 %	7
SPD	26 222	30,8	+ 3,3 %	6
FDP	4 373	5,1	- 0,5 %	1
Junge Union	1 311	1,6	---	-
FWE	8 593	10,4	- 0,3 %	2
WU	14 817	17,9	- 0,5 %	4

Es wurden folgende SPD-Kandidaten gewählt:

Gabi Riehl, Günther Klebermaß, Bertram Fiedler, Hans Neuwirth, Gabriele Kirner-Bammes, Günther Schrettinger

Obwohl die SPD als einzige Partei einen kräftigen Zuwachs von 3,3 % erzielte, reichte es nicht für einen weiteren Sitz; durch das Eingehen einer Listenverbindung konnten die Parteifreien (FWE und WU) der CSU einen Sitz abnehmen, der der Wählergruppe Unabhängig zufiel.

Wir danken Ihnen für die Stärkung unserer Position und werden - wie versprochen - mit unseren Anträgen eine deutliche Alternative zu den übrigen Gruppierungen bieten. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse werden wir auch in den nächsten Jahren nicht umhinkönnen, mehrheitsfähige Kompromisse anzustreben. Dafür bitten wir bereits jetzt schon um Verständnis.

Bei der Kreistagswahl erzielten die Eichenauer SPD-Kandidaten einen großen Erfolg. Sebastian Niedermeier konnte neu und Eva Riehl wieder in den Kreistag einziehen. Sie werden sich besonders auch für die Eichenauer Belange einsetzen.

So greifen Kohl und Blüm in unsere Tasche

Die Rechtskoalition hat nicht nur Sozialleistungen gekürzt. In der Sozialversicherung erhöhte sie offen die Beitragssätze. Weitere Erhöhungen der Beiträge versucht die Koalition zu verstecken, indem sie Sozialleistungen und Teile des Arbeitslohns, für die zuvor keine Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen waren, beitragspflichtig gemacht hat.

Beispiele offener Belastungserhöhungen:

- Der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung wurde von 4 auf 4,6 Prozent erhöht.
- Die bereits zuvor beschlossene Erhöhung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung von 18 auf 18,5 Prozent wurde vorgezogen.
- Wer einen Krankenhausaufenthalt notwendig hat, muß in den ersten 14 Tagen je DM 5,- zuzahlen.

- Wer zu Kur fährt, muß pro Kurtag DM 10,- zuzahlen.
- Der Krankenversicherungsbeitrag, den Rentner auf ihre Renten zu zahlen haben, steigt schneller: Ab Mitte 1984 schon drei, ab Mitte 1985 fünf Prozent.

Beispiele versteckter Belastungserhöhungen:

- Vom Urlaubsgeld und vom Weihnachtsgeld müssen mehr Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, weil sie bei der Berechnung auf das ganze Jahr umgelegt werden.
- Gestrichen wurde der Weihnachtsfreibetrag von 100,- Mark in der Sozialversicherung.

Umverteilung, soziale Demontage: Die kleinen Leute sind die Opfer der Wende!

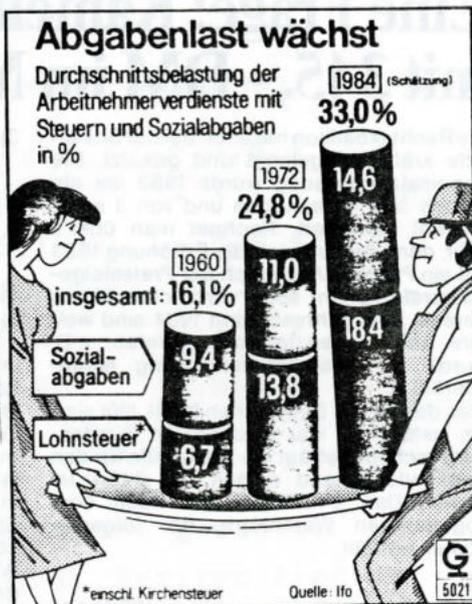
Wenn Kanzler Kohl im Bundestag oder vor Journalisten über die Lage der Nation plaudert, dann spart er nicht mit Worten wie Hoffnung, Mut und Zuversicht. Daß dennoch immer mehr Menschen dem „Alles in Butter“-Gerede nicht mehr so recht glauben können, hat einen guten Grund: Hinter den rhetorischen Kunststückchen der Regierungspolitik stecken Mehrbelastungen, Leistungseinschränkungen, Sozialabbau und eine reaktionäre Umverteilungspolitik. Das haben inzwischen breite Bevölkerungsschichten „hautnah“ zu spüren bekommen. Die sozial Schwachen zahlen die Zeche in der Krise. Die Stärkeren sind nicht nur ausgeklammert, sondern noch begünstigt.

Die Wende-Regierung läßt ganze Bevölkerungsschichten durch die Maschen des sozialen Netzes fallen. Die Krise wird benutzt für eine Politik gegen Arbeitnehmer und ihre Familien, gegen Schüler aus Familien mit kleinem Einkommen, berufstätige Mütter, Arbeitslose, Rentner, Behinderte und Sozialhilfeempfänger. Anstatt vernünftiger Reformen, die die soziale Sicherung an die geänderten Rahmenbedingungen anpassen, sind Eingriffe ohne Hand und Fuß die Regel. So wurden Probleme, die sich aus der Arbeitslosigkeit ergeben, zum großen Teil auf die Rentenkassen abgewälzt.

Risse im sozialen Netz, unsoziale Umverteilungspolitik und viel Stückwerk: So ist der Aufschwung, den wir uns alle wünschen, nicht zu schaffen, meinen die Sozialdemokraten. Und sie zeigen Alternativen auf, denn gerade in schwierigen Zeiten muß das soziale Netz halten. Ein Beispiel für eine andere Politik: Statt die Rente, die Sozialhilfe oder das Arbeitslosengeld zu kürzen, also Geld, das zwangsläufig sofort verbraucht werden muß und damit Arbeitsplätze sichert, sollte dort eingespart werden, wo es nicht wehtut: z. B. durch eine Ergänzungsabgabe für Spitzen-einkommen.

Die Regierung Kohl hat jedoch nicht nur die Sozialleistungen gekürzt und offene Belastungserhöhungen vorgenommen. Weitere Belastungserhöhungen hat sie zu verstecken versucht, indem sie z. B. einmal jährliche Zahlungen an Arbeitnehmer, wie das Urlaubs- und Weihnachtsgeld, stärker in die Beitragspflicht zur Sozialversicherung einbezogen hat. Das trifft wieder nicht die Gutverdiener, sondern die breite Masse der Arbeitnehmer. Wer über der Beitragsbemessungsgrenze liegt, bleibt ungeschoren.

Die Umverteilung von unten nach oben ist in vollem Gang: So sind z. B. die Rentenanwartschaften für Behinderte in Werkstätten zusammengestrichen worden, die Vermögenssteuer wurde aber gesenkt.



"Hallo Nachbarn" -HsGb.: SPD-Ortsverein Eichenau - Verantwortlich: Günter Klebermaß, Fuchsbergstr. 11, Telefon

70536



„Laß uns aber auch das Positive sehen, Sofie – die Vermögenssteuer soll gesenkt werden!“
 Zeichnungen: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Wolter

Eine Frage: Kämen Sie mit 345,- DM im Monat aus?

Die Rechtskoalition hat auch bei der Sozialhilfe kräftig hingelangt und gekürzt. Die Regelsatzanpassung wurde 1983 um ein halbes Jahr verschoben und von 3 auf 2 Prozent verringert. Rechnet man über's Jahr, dann beläuft sich die Erhöhung 1983 auf ein Prozent. Abzüglich der Preissteigerungsrate kommt sogar ein dickes Minus heraus. Zum Jahresbeginn 1984 sind weitere Änderungen in Kraft getreten: z.B. wurde die Mietkostenerstattung eingeschränkt.

Was das für die Betroffenen heißt, läßt sich am besten so klar machen: Im Bundesdurchschnitt beträgt die Sozialhilfe für den Haushaltsvorstand derzeit DM 345,- im Monat. Das errechnet sich nach dem sogenannten Warenkorb, der folgende Posten enthält:

- | | |
|--|-----------|
| 1) Ernährung | 199,14 DM |
| 2) Kochfeuerung und Beleuchtung, sowie weiterer elektrischer Bedarf (ohne Heizung) | 26,84 DM |

- | | |
|--|----------|
| 3) Instandhaltung von Schuhen, Kleidung, Wäsche, sowie kleinere Instandsetzung von Hausrat und Neubeschaffung von Wäsche und Hausrat von geringem Wert, Anschaffungswert | 16,56 DM |
| 4) Körperpflege und Reinigung | 31,60 DM |
| 5) persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens | 70,86 DM |

Im Ernährungsteil z. B. enthält der Warenkorb u. a. 5.905 Gramm Brot, 640 Gramm Mehl, 6.100 Gramm Kartoffeln, 1.170 Gramm Zucker, 1.095 Gramm Fleisch, ein Suppenhuhn, 595 Gramm Fisch, 15 Eier. Dies zeigt: Wer den Eindruck erweckt, die Sozialhilfempfänger könnten sich auf Kosten der Steuerzahler gewissermaßen ein gutes Leben machen, verkennt die Wirklichkeit. Wir Sozialdemokraten haben die Kürzungen und Einschränkungen der Sozialhilfe abgelehnt. Denn die Sozialhilfe muß das existentiell Notwendige sichern, um die „Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht“. So steht es im Gesetz.

Am 17. Juni Europawahl

H a t E u r o p a e i n e C h a n c e ?

Der SPD-Ortsverein Eichenau lädt zu einer Veranstaltung am 5. Juni um 20.00 Uhr in den Gasthof "Zur Post" ein

Simon Andrä spricht zum Thema:

EUROPA

Probleme und Lösungsvorschläge
aus sozialdemokratischer Sicht

Das Interview mit der SPD-Spitzenkandidatin zur Europawahl,

Katharina Focke:

„Ich glaube, daß kluge Wähler den Stimmzettel zum Denkmittel machen“

Frage: Die SPD sagt: „Macht Europa stark.“ Warum ist das so wichtig?

Katharina Focke: Denken Sie nur an den Sauer Regen. Der macht nicht an Grenzen halt. Also muß man die Ursachen europaweit anpacken. Das gilt auch für andere Probleme: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, den Verbraucherschutz, die europäische Sicherheit.

Frage: Aber der EG-Agrarmarkt trägt nicht gerade zum guten Ruf der Europäischen Gemeinschaft bei!

Katharina Focke: Richtig, die Garantie-Automatik führt Europa an den Rand des Bankrotts. Wir drängen seit Jahren auf eine Begrenzung der Überschußproduktion. Unter dem Druck leerer Kassen haben die Landwirtschaftsminister endlich an der Handbremse gezogen. Aber der Bremsweg ist leider noch viel zu lang.

Frage: Was nützt die Europäische Gemeinschaft denn den Arbeitnehmern?

Katharina Focke: Zunächst sichert der Gemeinsame Markt Millionen Arbeitsplätze. Er muß allerdings zu einem echten Binnenmarkt ohne Grenzkontrollen für Waren und Menschen ausgebaut werden. Für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf allen Ebenen und insbesondere für die 35-Stunden-Woche hat sich das Europäische Parlament auf unsere Initiative hin ausgesprochen.

Hinzu kommen müssen der Europäische Betriebsrat in multinationalen Unternehmen und umfassende Informations- und Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmervertreter überall in Europa. Die Konservativen haben das bisher verhindert. Die Arbeitnehmer müssen bei den Europawahlen die Wende wackeln lassen.

Frage: In den herkömmlichen Industriebranchen wie Kohle, Stahl, Textil werden wohl kaum wieder neue Arbeitsplätze entstehen. Wo sehen Sie denn Möglichkeiten für eine wirksame Beschäftigungspolitik?

Katharina Focke: Wir fordern kräftige Impulse für eine neue Industrie- und Forschungspolitik. Zum Beispiel für die Bereiche der erneuerbaren Energien und den Umweltschutz. Wir Europäer müssen neue Industrien fördern, die neue Arbeitsplätze schaffen, aber zugleich auch umwelt- und sozialverträglich sind.

Frage: Die SPD hat eine Frau in die Spitzenposition ihrer Europa-Wahlliste gewählt. Sind die Frauen in „Europa“ erfolgreicher als in der Bundesrepublik?

Katharina Focke: Ich glaube schon. Tatsache ist, daß die Gleichstellung von Mann und Frau vor allem im Arbeitsleben in der Gemeinschaft ein ordentliches Stück vorangekommen ist. Die Bundesrepublik ist auf diesem Gebiet – trotz bindenden EG-Rechts – leider besonders rückschrittlich. Deshalb ist die Bundesrepublik vor dem Europäischen Gerichtshof bereits verklagt worden. Die ersten Prozesse gingen glatt zugunsten der Frauen aus. Wenn Bonn das Gesetz nicht frauenfreundlich macht, wird die Bundesregierung noch mehr Verurteilungen einstecken müssen.

Frage: Sie haben die Grenzblockaden einen „europäischen Schock“ genannt...

Katharina Focke:... den der Ministerrat durch seine beharrliche, vertragswidrige Untätigkeit hervorgerufen hat. Auch da gibt es eine Klage: Parlament gegen Ministerrat, also die nationalen Regierungen. Ein Vierteljahrhundert nach

Gründung der Europäischen Gemeinschaft müssen die Grenzschiekanen endlich weg. Europa braucht grünes Licht. Wir haben entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Frage: Lohnt es sich wirklich, am 17. Juni zur Europa-Wahl zu gehen?

Katharina Focke: Sicher. Je mehr Bürger zur Europa-Wahl gehen, desto stärker ist das Europa-Parlament mit seinen Argumenten und Forderungen an die Regierungen. Je einflussreicher das Wahlergebnis ist, desto wirkungsvoller können die Parlamentarier die Regierungen auf Trab bringen, damit sie endlich ihre Arbeit machen.

Frage: Was wünschen Sie sich für den 17. Juni?

Katharina Focke: Erstens: Eine gute Wahlbeteiligung. Zweitens: Daß wir Sozialdemokraten zusammen mit unseren Freunden aus den anderen Ländern der Gemeinschaft eine noch kräftigere, gemeinsame Fraktion bilden. Denn sonst machen die Wende-Parteien auch noch in Europa „schwarze“ Politik. Gerade in Fragen des Arbeitsschutzes, der Mitbestimmung, des Verbraucher- und Umweltschutzes haben sich die Kohl/Genscher-Abgeordneten im Europäischen Parlament schon in der Vergangenheit als Bremsklötze erwiesen.

Frage: Die Europa-Wahl soll also auch eine Antwort auf die Politik in Bonn werden?

Katharina Focke: Ja. Die Bürger haben inzwischen gemerkt, wie teuer sie die Wende bezahlen müssen. Ich glaube, daß kluge Wähler den Stimmzettel zum Denkmittel machen werden.

Die SPD am Ort

Der neue Vorstand

Thomas Meyer-Fries
1. Vorsitzender

Dr. Irene Osterkamp
2. Vorsitzende

Bertram Fiedler
Schriftführer

Dr. Michael Gumtau
Kassier

Anton Prohaska
Beisitzer

Alfred Welte
Juso-Sprecher

Goethestr. 4
Tel.: 7 17 41

Emmeringer Str. 3
Tel.: 74 54

Bärenweg 2
Tel.: 87 03

Schillerstr. 2 B
Tel.: 7 13 70

Schillerstr. 22
Tel.: 7 23 81

Hauptstr. 44
Tel.: 7 21 47

Für Sie im Rathaus:

Sebastian Niedermeier

Georg-Koch-Straße 2
Telefon 70 411

1. Bürgermeister
der Gemeinde Eichenau

Günther Klebermaß

Fuchsbergstraße 11
Telefon 7 0536

Fraktionssprecher
Verkehrs- und Straßenreferent

Mitglied in den Ausschüssen
Verwaltung und Finanzen,
Bau und Planung,
Personal, Ferienausschuß
Verbandsrat beim Abwasserverband

Stellv. Fraktionssprecherin
Jugendreferentin

Mitglied in den Ausschüssen
Sportstätten,
Soziales/Jugend/Senioren,
Kulturkommission,
Verbandsrätin beim Wasserzweckverband

Gabi Riehl

Lavendelweg 2
Telefon 8775

Bertram Fiedler

Bärenweg 2
Telefon 8703

Finanzreferent

Mitglied in den Ausschüssen
Verwaltung und Finanzen,
Bau und Planung,
Rechnungsprüfung,
Bauvergaben und Bodenverkehr

Gabriele Kirner-Bammes Ortswaisenrätin

Sonnenstraße 3
Telefon 72472

Mitglied in den Ausschüssen
Schule, Personal,
Kulturkommission

Ortsverschönerungsreferent

Mitglied in den Ausschüssen
Schule,
Sportstätten

Günther Schrettinger

Sandstraße 1
Telefon 70167

Hans Neuwirth

Pfefferminzstraße 29
Telefon 71592

Mitglied in den Ausschüssen
Bauvergaben,
Rechnungsprüfung,
Soziales/Jugend/Senioren,
Ferienausschuß



Verantwortlich: SPD-Ortsverein,
Thomas Meyer-Fries, 8031 Eichenau, Goethestraße 4

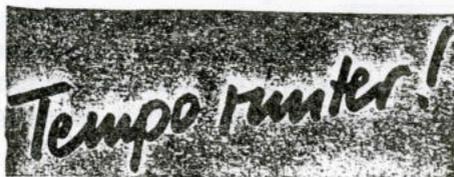
Hallo Nachbarn

SPD

Ortsverein Eichenau

Dezember 1984

Nummer 38



TEMPO 30 IN GANZ EICHENAU !

Die Verkehrssicherheit in unserem Lebensraum wie auch der Schutz unserer Umwelt gebieten heute mehr denn je die Verringerung der Geschwindigkeit im Straßenverkehr. Schon im Gemeindegewahlprogramm 1984 forderte die SPD:

TEMPO 30 in der ganzen Gemeinde!

Auf Antrag der SPD - die CSU stellte einen gleichlautenden Antrag - wird in Eichenau nun ein Modellversuch zur flächenhaften Verkehrsberuhigung mit TEMPO 30 angestrebt. Der Bundesgesetzgeber wurde gebeten, alsbald die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, und bei der Staatsregierung wurde der Modellversuch beantragt. Der Modellversuch wird frühestens zum 1.3. 1985 möglich werden.

TEMPO 30 bringt uns allen folgende Vorteile:

1. Die Sicherheit auf den Straßen steigt, weil die Durchschnittsgeschwindigkeit sinken wird und dadurch auch unerwartete Verkehrssituationen leichter beherrschbar werden. Unsere Fußgänger, insbesondere die Kinder in den Wohngebieten, und die Radfahrer auf den Durchgangsstraßen werden weniger gefährdet sein.
2. Die **Lärmemission** wird erheblich vermindert. Die lärmgeplagten Anwohner von Durchgangsstraßen werden ein wenig aufatmen können.

3. Besonders wichtig ist auch die psychologische Wirkung. Denn wer sich an "TEMPO 30 zuhause" gewöhnt hat, fährt auch auf Landstraßen und Autobahnen nicht viel schneller als 80 bzw. 100. Und dort spielt neben der Sicherheit auch die Energieeinsparung eine wichtige Rolle.

Freiwillige Maßnahmen sind in der Einführungs- und Gewöhnungsphase auf jeden Fall zu begrüßen. Eine nur unverbindliche Aufforderung zu TEMPO 30 birgt aber die Gefahr in sich, daß sie zu häufigem, gefährlichem Überholen verleitet. Einige wenige gedanken- und rücksichtslose Fahrer aber können das ganze Vorhaben, den Verkehr sicherer zu machen, vereiteln. Deshalb muß Rechtssicherheit durch ein Bundesgesetz geschaffen werden. Unser Modellversuch ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Günther Klebermaß
Verkehrsreferent



GRÜNES TELEFON!

Haben Sie Fragen, Anregungen, Beschwerden, die den örtlichen **Umweltschutz**, insbesondere die Baumschutzverordnung, betreffen? Dann wenden Sie sich bitte an den Ortsverschönerungsreferenten der Gemeinde: **Günther Schrettinger** (Tel.: 7 01 67)

GEMEINDERAT GEGEN ABC-WAFFEN AUF EICHENAUER GEBIET

Auf Antrag der Bürgerversammlung beschloß der Gemeinderat am 16.11.84:

... Die Gemeinde Eichenau ist entschlossen, sich im Rahmen des geltenden Rechts gegen Transport, Lagerung und Stationierung von atomaren, chemischen oder biologischen Waffensystemen oder Kampfmitteln zu wenden.

Der anschließende Nebensatz "... und erklärt sich in diesem Sinne zur ABC-waffenfreien Zone" fand nur bei den SPD-Gemeinderäten Zustimmung, obwohl er durch den Zusatz "in diesem Sinne" lediglich das vorher Beschlossene zusammenfaßt bzw. unterstreicht.

Wir von der SPD haben uns dem überwältigenden Votum der Bürgerversammlung gerne angeschlossen, hatten wir doch 1983 selbst einen Antrag zu diesem Thema gestellt. Nach unserer Meinung sind wir hier im Landkreis mit dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck belastet genug. Daher will die SPD nichts unversucht lassen, daß nicht noch andere militärische Anlagen hier gebaut oder gefährliche Kampfstoffe durch unsere Gemeinde transportiert werden. Da es bedeutend schwerer sein dürfte, sich gegen bereits abgeschlossene Planungen zu wehren als vorab, unterstützte die SPD-Fraktion den Antrag der Bürgerversammlung, daß sich die Gemeinde Eichenau bereits vorsorglich gegen solche Maßnahmen aussprechen möge.

Während diesmal der überwiegende Teil der Gemeinschaftsfraktion (FWE, U, FDP) den entscheidenden Abschnitten des Antrags folgte, versuchte Jürgen Gropp von der CSU erneut, den Antrag durch Finessen mit der Geschäftsordnung zu Fall zu bringen, was allerdings mißlang. Die CSU-Fraktion brachte es nicht einmal über sich, sich für den Teil des Antrages auszusprechen, der sich auf das Landesentwicklungsprogramm der CSU-Staatsregierung bezieht. Sie stimmte geschlossen gegen alle Punkte des Antrages.

Erich Vilgertshofer (CSU) - dieser Name wird vielen Eichenauer Bürgern seit der letzten Gemeinderatssitzung im Gedächtnis bleiben. Eine große Anzahl verantwortungsbewußter Mitbürger diffamierte er u.a. als "gewissenlose Angstmacher". Daß man sachlich nicht immer einer Meinung sein kann, ist selbstverständlich. Daß aber ein Gemeinderat Bürgern seiner Gemeinde ein Gewissen abspricht, wird in Eichenau sicher nicht so schnell vergessen werden können.

Gabriele Kirner-Bammes

VIDEO-HORROR: MUSS DAS SEIN?

Etwa die Hälfte des derzeitigen Video-Cassetten-Angebots wird als jugendgefährdend eingestuft. Ein großer Teil der Video-Filme zeigt unvorstellbare Brutalitäten, grausam dargestellte Szenen von Menschenfresserei, angsterzeugende Horrorvisionen und eine pervertierte Sexualität.

Kindern und Jugendlichen sind diese Filme relativ leicht zugänglich. Zum Ausleihen reichen das Taschengeld und ein 18-jähriger "Freund", der die Pornos und indizierten Filme im Video-Verleih beschafft. Die Cassetten werden zuhause dann heimlich oder sogar mit Wissen der Eltern abgespielt.

In vielen Schulklassen sind Videofilme das Hauptgesprächsthema. Kinder und Jugendliche sehen wirklich alles. Es gibt Wettkämpfe, wer bei den blutrünstigsten Szenen am längsten hinschauen kann.

Diese zur Normalität werdende Begegnung mit dem Grauenhaften und Perversen kann die psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig stören, zu Nachahmungsverhalten anregen und zur Abstumpfung gegenüber brutaler Gewalt, zu einem Verlust an Menschlichkeit und an Achtung vor der Menschenwürde führen.

Dagegen muß etwas geschehen!

1. Der Gesetzgeber muß schnellstens tätig werden, um die schlimmsten Video-Exzesse zu unterbinden. Die Darstellung von Gewalt um der Gewalt willen sollte generell verboten und unter Strafe gestellt werden. Video-Cassetten müssen mit einer Altersgruppenangabe gut sichtbar gekennzeichnet sein. Beim Ausleihen an Kinder und Jugendliche muß die Altersprüfung streng und obligatorisch erfolgen.
2. ist zu fordern: Vorbeugende Maßnahmen der Jugendämter, Gewerbeämter und der Polizei; Gespräche und Abrachungen mit der Videobranche; eine intensivierte Medienerziehung sowie verstärkte Aufklärungsarbeit für Eltern, Lehrer und Erzieher.
3. Auch die Eltern müssen aktiver werden. Sie sollten genau überprüfen, was ihre Kinder beim Videotreffen zuhause oder im Freundeskreis alles sehen. Sie sollten mit den Kindern darüber sprechen, um bei ihnen die Fähigkeit zu fördern, Schmutz und Schund als solchen zu erkennen und auf das Anschauen solcher Videos zu verzichten. Für sich selbst sollten Eltern Video-Cassetten nur dort mieten, wo die Verleiher zur Selbstbeschränkung des Video-Cassetten-Angebots bereit sind.

Bertram Fiedler